

Protokoll der Bezirksgemeinde vom 11. Dezember

Präsidium	Ebert Oliver, Bezirksammann
Mitglieder Bezirksrat	Gamma Petra, Frau Statthalter Hofer Sibylle, Bezirksrätin Hunziker René, Bezirksrat Küng Peter, Säckelmeister Schlömmer Roman, Bezirksrat Schuler Toni, Bezirksrat
Protokollführung	Sinoli Marc, Landschreiber

Traktandenübersicht

A-Geschäft

Beschluss Nr. 2023/8

1. Begrüssung und Eröffnung durch den Bezirksammann

Beschluss Nr. 2023/9

2. Wahl der Stimmenzählenden

C-Geschäft

Beschluss Nr. 2023/10

3. Gewährung eines Baurechts von 6523 Quadratmetern Fläche ab Grundstück Nr. 3116 (Luterbach) und 1371 Quadratmetern Fläche auf Grundstück Nr. 803 (Seematt) für die Tennisanlagen des Tennisclubs Küssnacht (TCK)

Beschluss Nr. 2023/11

4. Genehmigung Voranschlag 2024

D-Geschäft

Beschluss Nr. 2023/12

5. Verschiedenes

Beschlussnummer 2023/8

PRÄ: Bezirksgemeinde vom 11.12.2023, Budget 2024

Begrüssung und Eröffnung durch den Bezirksammann

Geschäfts Nr. 2022-5263

Aktenzeichen /

Bezirksammann Oliver Ebert begrüsst alle Anwesenden zur Bezirksgemeinde, darunter speziell auch die Medienschaffenden.

Es sind folgende Medienschaffende anwesend:

- Freier Schweizer: Fabian Duss
- Bote der Urschweiz: Edith Meyer und Erhard Gick

Bezirksammann Oliver Ebert dankt den Medienschaffenden für eine korrekte Berichterstattung und wünscht allen Teilnehmern eine speditive, informative und sachliche Versammlung.

Speziell begrüsst wird als Gast auch Andrea Prati, die neue Leiterin des "Sunnehof – Das Zuhause im Alter" in Immensee.

Weiter erläutert Oliver Ebert, dass Markus Nyffegger heute seine 30. Bezirksgemeinde in der Funktion als Hauswart des Monséjour meistert. Seine Arbeit wird mit einem spontanen Applaus verdankt.

Bezirksammann Oliver Ebert erklärt die Bezirksgemeinde als eröffnet.

Er hält nach Gemeindeorganisationsgesetz (GOG) fest:

- Das Protokoll der letzten Bezirksgemeinde vom 25. April 2023 hat der Bezirksrat mit Beschluss Nr. 484/2023 am 29. November 2023 genehmigt.
- Die Einladung zur heutigen Bezirksgemeinde erfolgte fristgerecht per Inserat am 1. Dezember 2023 in der Lokalzeitung "Freier Schweizer". Zudem wurde die Botschaft mit sämtlichen relevanten Unterlagen termingerecht mindestens 10 Tage vorher an alle Haushalte zugestellt (§ 20 Abs. 2 GOG).
- Stimmberechtigt ist gemäss § 5 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen nur, wer im Bezirk Küssnacht Wohnsitz hat: "Das Stimmrecht kann nur in der Wohnsitzgemeinde ausgeübt werden". Zuwiderhandlungen sind strafbar.
- Nicht stimmberechtigte Personen sind unter Strafandrohung verpflichtet, sich im eigens dafür bezeichneten Bereich, vorne in die erste Reihe einzufinden.

Die Verhandlungen werden wie bis anhin auf Tonband aufgenommen.

Schliesslich werden die anwesenden Sprecher gebeten, ihre Voten, unter Nennung von Vornamen, Namen und Adresse, am Mikrophon zu halten. Um eine störungsfreie Versammlung durchzuführen, sind sämtliche Mobiletelefone auf lautlos zu stellen.

Er übergibt das Wort Landschreiber Marc Sinoli zum Verlesen der Traktandenliste.

Landschreiber Marc Sinoli begrüsst die Anwesenden und verliest gemäss § 26 Abs. 1 GOG die Traktanden der heutigen Bezirksgemeinde:

1. Begrüssung und Eröffnung durch den Bezirksammann
2. Wahl der Stimmzählenden
3. Gewährung eines Baurechts von 6523 Quadratmetern Fläche ab Grundstück Nr. 3116 (Luterbach) und 1371 Quadratmetern Fläche ab Grundstück 803 (Seematt) für die Tennisanlagen des Tennisclub Küssnacht (TCK)
4. Genehmigung des Voranschlags 2024
5. Verschiedenes

Zum Ablauf und von möglichen Anträgen verweist **Landschreiber Marc Sinoli** auf die Seiten 49 bis 51 der Botschaft. Dort ist auch das Verfahren von geheimen Wahlen und Abstimmungen beim Urnensystem erläutert. Er entschuldigt sich zudem, dass sich dort ein Fehler eingeschlichen habe. Der Textbaustein "Rechnung" sei natürlich erst im kommenden Frühjahr wieder aktuell.

Kurz zusammengefasst heisst das was folgt:

- Der Voranschlag 2024 wird unter Traktandum 4 durch die Bezirksgemeinde abschliessend behandelt. Er wird nach der Beratung am Schluss gesamthaft genehmigt. Es findet keine Urnenabstimmung zum Voranschlag statt. Eine Überweisung des Voranschlags 2024 an die Urne ist entsprechend unzulässig.
- Traktandum 3 (Baurechtsvertrag mit Tennisclub Küssnacht) wird heute Abend nur vorberaten und sodann an die Urnenabstimmung vom 3. März 2024 überwiesen. Dazu findet am Schluss der Diskussion keine formelle Abstimmung zur Überweisung statt. Der Bezirksammann wird die Überweisung nur feststellen.
- Zu den Traktanden 3 und 4 sind gleichwohl formelle und materielle Anträge zulässig. Über die Gültigkeit von Anträgen muss im Einzelfall befunden werden. Darüber entscheidet der Bezirksammann als Versammlungsleiter. Wird ein Antrag gültig erklärt, wird die Bezirksgemeinde im Anschluss darüber befinden.
- Es werden vorab die formellen Anträge zur Abstimmung gebracht. Wird einem entsprechenden Antrag stattgegeben, erübrigt sich die Weiterführung und Beratung.
- Nur zu gültigen Anträgen kann eine geheime Abstimmung verlangt und durchgeführt werden. Die Abstimmung über eine geheime Abstimmung findet am Schluss der Beratung statt, bevor über die gestellten formellen oder materiellen Anträge abgestimmt wird. Über den Antrag auf geheime Abstimmung wird immer im offenen Handmehr abgestimmt. Eine geheime Abstimmung ist beschlossen, wenn die Mehrheit der Stimmenden dies im offenen Handmehr beschliesst.

Der Landschreiber übergibt das Wort an **Bezirksammann Oliver Ebert**.

Bezirksammann Oliver Ebert fährt gemäss der Traktandenliste fort.

Beschlusnummer 2023/9

PRÄ: Bezirksgemeinde vom 11.12.2023, Budget 2024

Wahl der Stimmzählenden

Geschäfts Nr. 2022-5263

Aktenzeichen /

Als Stimmzählende werden vorgeschlagen und durch die Versammlung gewählt:

- Damian Mettler, Bezirksweibel

In alphabetischer Parteienreihenfolge:

- Dario Vötsch Vertretung der FDP.Die Liberalen
- Silvio Behringer Vertretung Die Mitte
- Philipp Räber Vertretung der SP und Unabhängige
- Joe Weiss Vertretung der SVP

Der Bezirksammann, der Landschreiber und die Stimmzähler bilden das Büro der Bezirksgemeinde. Dieses ist zuständig für die Organisation und die Ermittlung der Abstimmungsergebnisse.

Bezirksammann Oliver Ebert ersucht die Versammlung um Wahl der vorgeschlagenen Stimmzähler. Die Wahl erfolgt mit einstimmigem Handmehr.

Insgesamt sind gemäss den Stimmzählenden 201 stimmberechtigte Personen anwesend, womit das absolute Mehr bei 101 Personen liegt. Zudem sind 3 Medienschaffende (wovon 2 Personen stimmberechtigt) und total 8 Gäste anwesend.

Beschlusnummer 2023/10

Baurecht Tennisanlagen Seematt und Luterbach

Gewährung eines Baurechts von 6523 Quadratmetern Fläche ab Grundstück Nr. 3116 (Luterbach) und 1371 Quadratmetern Fläche auf Grundstück Nr. 803 (Seematt) für die Tennisanlagen des Tennisclubs Küssnacht (TCK)

Geschäfts Nr. 2023-3406

Aktenzeichen /

Bezirksrätlicher Sprecher: **Bezirksammann Oliver Ebert**

Der Tennisclub Küssnacht (TCK) wurde 1952 gegründet. Mit rund 650 Mitgliedern, davon mehr als 150 Nachwuchsspielerinnen und -spieler im Alter zwischen fünf und zwanzig Jahren, gehört er gegenwärtig zu den mitgliederstärksten Sportvereinen im Bezirk. Die beiden vom Tennisclub genutzten Tennisanlagen auf der Seematt und im Luterbach befinden sich im Eigentum des Bezirks. Der Tennisclub Küssnacht kann diese jedoch kostenlos nutzen. Die Überlassung der entsprechenden Flächen ist in zwei separaten Mietverträgen geregelt.

Beim Clubhaus im Luterbach drängen sich immer grössere Unterhaltsarbeiten auf, die sich aufgrund der schlechten Bausubstanz kaum mehr lohnen. Der Tennisclub Küssnacht beabsichtigt daher, die ehemalige Postbaracke, die als Clubhaus dient, abzureissen und stattdessen ein neues, ganzjährig nutzbares Clubhaus zu bauen.

Dieses Projekt soll nun zum Anlass genommen werden, die Nutzung der Bezirksliegenschaften durch den Tennisclub im Luterbach und auf der Seematt vertraglich zu bereinigen. Konkret sollen die beiden Mietverträge durch einen einzigen Baurechtsvertrag ersetzt werden. Dadurch erhält der Tennisclub zudem für die nächsten Jahrzehnte Planungssicherheit und kann bei allfälligen Hypotheken auch gewisse Sicherheiten vorlegen.

Der vorliegende Entwurf des Baurechtsvertrags sieht vor, dass der Tennisclub Küssnacht die Baurechtsparzelle auf der Seematt während dreissig Jahren nutzen kann, jene im Luterbach während fünfzig Jahren. Auf einen Baurechtszins wird im Sinne der Jugend- und Sportförderung verzichtet – so wie dies der Bezirk in Vergangenheit auch bei anderen Sportinfrastrukturen gemacht hat.

Alle weiteren Punkte des vorliegenden Geschäfts kann man der Botschaft zur heutigen Bezirks-gemeinde entnehmen.

Das vorliegende Geschäft soll an die Urnenabstimmung vom 3. März 2024 überwiesen werden. Bezirksrat und Rechnungsprüfungskommission empfehlen den Stimmberechtigten, den Baurechtsvertrag zu genehmigen.

Bezirksammann Oliver Ebert eröffnet die Diskussion. Zudem steht der Bezirksrat für allfällige Fragen zur Verfügung.

Bezirksammann Oliver Ebert stellt fest, dass keine Wortmeldungen gewünscht sind und die Diskussion geschlossen werden kann.

Landschreiber Marc Sinoli verliest den Antrag:

Der Bezirksgemeinde wird beantragt:

1. Gewährung eines kostenlosen Baurechts von 6'523 Quadratmetern ab Grundstück 3116 (Luterbach) für 50 Jahren zugunsten des Tennisclubs Küssnacht.
2. Gewährung eines kostenlosen Baurechts von 1'389 Quadratmetern ab Grundstück 803 (Seematt) für 30 Jahre zugunsten des Tennisclubs Küssnacht.
3. Der Bezirksrat ist mit dem Vollzug zu beauftragen.

Das Geschäft wird an die Urnenabstimmung vom 3. März 2023 überwiesen.

Beschlussnummer 2023/11

Budget 2024

Genehmigung Voranschlag 2024

Geschäfts Nr. 2022-6183

Aktenzeichen /

Bezirksrätlicher Sprecher: **Säckelmeister Peter Küng**

Es wird anbei auf die an der Bezirksgemeinde aufgeschaltete PowerPoint-Präsentation verwiesen, die einen integrierenden Bestandteil dieses Protokolls bildet.

Säckelmeister Peter Küng begrüsst die Anwesenden und entschuldigt sich eingehend dafür, dass er als einziges Mitglied des Bezirksrats heute Abend keine Krawatte trage. Es könnte im Verlauf des Abends noch ein wenig heiss werden, begründet er und erntet einige Lacher. Der Säckelmeister erläutert den Ablauf des umfassenden Traktandums. Er möchte zuerst das gesamte Paket des Voranschlags 2024 vorstellen – also zuerst die Nachtragskredite erläutern, dann den Voranschlag 2024 der Erfolgsrechnung, das Budget der Investitionsrechnung 2024 und dann das Budget des Alters- und Pflegeheims Seematt. Zuletzt soll der Steuerfuss 2024 zur Sprache kommen. Nach der Erläuterung des gesamten Pakets geht der Bezirksrat nochmals auf alle einzelnen erwähnten Punkte ein betreffend Fragestellungen und Anträge.

Peter Küng startet mit den **Nachtragskrediten** zur Erfolgs- respektive Investitionsrechnung 2023. Er verweist dabei auf die Seiten 17 und 18 der Botschaft. Die Nachtragskredite zur Erfolgsrechnung 2023 umfassen total Fr. 3'440'000.--. Dazu bemerkt der Säckelmeister, dass ein Nachtragskredit von der Bezirksgemeinde genehmigt werden muss, sobald eine Budgetposition überschritten wird – selbst dann, wenn auf der Ertragsseite Erträge gegenüberstehen. Dazu macht Peter Küng zwei Beispiele:

- So sei der Personalaufwand bei den Alters- und Pflegeheimen aktuell aufgrund einer guten Auslastung höher. Dementsprechend seien auch die Erträge höher. Nichtsdestotrotz müsse der Bezirksrat nun für die entsprechende Budgetposition auf der Aufgabenseite einen Nachtragskredit einholen.
- Weiter müsse nun einen Nachtragskredit von Fr. 725'000.-- eingeholt werden für den höheren Sach- und Betriebsaufwand im Asylwesen. Dies betreffe die Mieten für die Unterbringungen sowie Gesundheitskosten im Bereich Asyl- und Flüchtlingswesen. Die Kosten für die Unterbringung würden jedoch durch den Bund dem Bezirk zurückerstattet. Der Bezirk bleibe lediglich auf rund Fr. 380'000.-- für Krankenkassen und andere Gesundheitskosten in diesem Bereich sitzen. Er sei jedoch jährlich bestrebt, die günstigste Krankenkasse zu finden.

Bei der Investitionsrechnung 2023 benötige es zudem einen Nachtragskredit für Bauten, die teurer geworden sind als ursprünglich geplant. Für den WC-Umbau beim Pumpenhaus am Quai seien Fr. 95'000.-- budgetiert worden. Bei der Realisierung zeigte sich nun, dass ein Nachtragskredit von Fr. 149'500.-- nötig wird.

Der Säckelmeister erläutert weiter den **Voranschlag 2024 der Erfolgsrechnung**. Er verweist dabei auf die Erläuterungen, die Anträge des Bezirksrats und die Berichte der Rechnungsprüfungskommission auf den Seiten 13, 14 und 15 in der Botschaft. Dazu möchte er nun noch einige Informationen und genauere Zahlen abgeben.

Bei einem **Gesamtaufwand** von Fr. 88'558'300 und einem **Gesamtertrag** von Fr. 84'017'500 sieht das Budget 2024 der Erfolgsrechnung einen **Aufwandüberschuss** von Fr. 4'540'800 vor.

Im Vergleich zum Voranschlag 2023 (inkl. Nachtragskredite) steigt der budgetierte Gesamtaufwand 2024 um rund Fr. 7'133'600. Der budgetierte Gesamtertrag 2024 erhöht sich im Vergleich zum Voranschlag 2023 um rund Fr. 2'338'400. Säckelmeister Peter Küng erläutert, dass in den folgenden Folien stets das Budget 2023 gegenübergestellt werde. Zudem seien beim Budget 2024 die vom Bezirksrat vorgeschlagene Reduktion des Steuerfusses bereits berücksichtigt.

Peter Küng erläutert kurz die wichtigsten Punkte des Voranschlags der Erfolgsrechnung, die in der Botschaft ab Seite 19 abgebildet sind. Der **Personalaufwand** erhöht sich gegenüber dem Budget um 2,6 Mio. Franken auf 42,826 Mio. Franken. Eine starke Steigerung der Personalkosten seien insbesondere im Bereich Bildung zu verzeichnen. Weiter würden die Personalkosten auch im Bereich Gesundheit, namentlich bei der Spezialfinanzierung des Alters- und Pflegeheims Sunnehof, steigen – dies aufgrund höherer Auslastung. Auf der anderen Seite würden hingegen auch die Erträge in diesem Bereich steigen.

Der **Sachaufwand** steigt gegenüber dem Budget 2023 im Budget 2024 um 2,491 Mio. Franken von 14,667 Mio. Franken auf 17,158 Mio. Franken. Die grössten Zunahmen in diesem Bereich betreffen die Bildung mit Fr. 825'000.-- Franken, Soziale Sicherheit mit Fr. 709'000.-- sowie bei der allgemeinen Verwaltung mit Fr. 515'000.--.

Der **Transferaufwand** erfährt im vorliegenden Voranschlag eine Zunahme von 1,29 Mio. Franken auf total 23,017 Mio. Franken gegenüber dem Budget 2023 mit 21,727 Mio. Franken. Säckelmeister Küng erläutert, dass im Transferaufwand zusammengefasst werde, was der Bezirk beispielsweise dem Kanton oder an Dritten an Unterstützungsbeiträgen zu bezahlen habe. Im Bereich Bildung würden beispielsweise die Beiträge an das Gymnasium Immensee oder an die Sonderschulen in Schwyz darunter fallen für die Schülerinnen und Schüler, welche die dortigen Schulen besuchen würden. Der Transferaufwand im Bereich Verkehr umfasse wiederum beispielsweise die Beiträge an Transportunternehmer oder an den Tarifverbund, der Transferaufwand im Bereich Gesundheit wiederum die Pflegefinanzierung und die ambulante Krankenpflege (Ausgleich Spitex). Soziale Sicherheit umfasst wiederum die Beiträge an die wirtschaftliche Sozialhilfe, etc.

Säckelmeister Peter Küng erläutert weiter die **Fiskalerträge** und verweist dazu auf Seite 19 in der Botschaft. Zudem erwähnt er nochmals, dass der Bezirksrat anbei für den Voranschlag 2024 wie vorgeschlagen mit 155 Prozent einer Einheit rechne statt wie bis anhin mit 165 Prozent einer Einheit. Der Bezirk Küsnacht rechnet im kommenden Jahr mit Fiskalerträgen von total 54,486 Mio. Franken – dies ist rund Fr. 325'000.-- mehr als beim Budget 2023 mit 54,161 Mio. Franken. Die Aufteilung der Fiskalerträge zwischen juristischen und natürlichen Personen bleibe prozentual immer in etwa gleich. So rechne man 2024 mit Steuererträgen der natürlichen Personen von 49,64 Millionen Franken und bei den juristischen Personen mit 4,78 Mio. Franken.

Weiter zeigt Säckelmeister Peter Küng mit einer Grafik auf der Folie der PowerPoint-Präsentation auf, wie sich die Fiskalerträge in den vergangenen Jahren entwickelt haben. Trotz Corona-Pandemie und allen damit verbundenen Prognosen hätten die Fiskalerträge in den vergangenen Jahren stets zugenommen, erläutert Küng. Mit der nun vorgeschlagenen Steuersenkung werde dieses Wachstum nun ein wenig gedeckelt. Mit einer weiteren Grafik zeigt er zudem, dass die Steuererträge insbesondere der natürlichen Personen seit 2017 stark zugenommen hätten. Mit der Steuersenkung werde dieses Wachstum nun ein wenig gebremst. Bei den juristischen Personen sei die Entwicklung der Steuererträge volatiler, es sei aus verschiedenen Gründen eher ein Auf und Ab. Die Steuererträge der juristischen Personen würden aber in der Regel rund 10 Prozent aller Steuereinnahmen ausmachen.

Weiter geht Peter Küng auf die **Investitionsrechnung** ein. Er erwähnt, dass der Bezirk 2023 Investitionsausgaben von 24,075 Mio. Franken respektive Nettoinvestitionen von 17,883 Mio.

Franken budgetiert hatte. Für das kommende Jahr rechne man nun aber mit tieferen Investitionsausgaben unter 10 Mio. Franken. Die Investitionsrechnung 2024 weist budgetierte Nettoinvestitionen von rund Fr. 9'878'600 aus. Zum Voranschlag der Investitionsrechnung verweist der Säckelmeister auf die Seiten 39 bis 45 in der Botschaft. Peter Küng erwähnt dazu einige hohe Kostentreiber in der Investitionsrechnung 2024: So laufe aktuell die Planung der neuen Asylunterkunft, weiter hoffe der Bezirksrat, dass es auch bezüglich Neue Zentrumsgestaltung vorwärtsgehe. Auch müsse der Ellbögliweg saniert werden. Dazu werde es aber wohl noch eine Abstimmung benötigen. Überdies seien derzeit auch die Bauarbeiten zur Renaturierung von Dorf- und Giessenbach im Bereich Lindenhofwiese im Gange. Weiter benötige es wohl wiederum Sofortmassnahmen bei der ehemaligen Deponie Chüelochtobel. Säckelmeister Küng erläutert weiter kurz die Investitionsplanung bis 2027. Insbesondere im Jahr 2026 rechne man derzeit aufgrund von anstehenden Investitionen im Bereich der Schulräumlichkeiten mit grossen Ausgaben.

Der **Voranschlag 2024** des Pflegezentrums Seematt rechnet ebenfalls mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 131'255 abschliesst. Dazu verweist Säckelmeister Peter Küng auf die Seiten 47 und 48 der Botschaft.

Abschliessend kommt Peter Kung auf die **Festlegung des Steuerfusses** zu sprechen. Der Bezirksrat beantragt, den Steuerfuss von 165 Einheiten für natürliche und juristische Personen auf 155 Einheiten zu senken – dies obwohl für das kommende Jahr mit einem Defizit von 4,541 Mio. Franken gerechnet werde. Gemäss Küng habe dies vor allem einen Grund, und zwar der neue, innerkantonale Finanz- und Lastenausgleich, der per 1. Januar 2025 in Kraft trete. Dieser beschere dem Bezirk Küssnacht zusätzliche Einnahmen rund 6 Millionen Franken. Bisher habe Küssnacht weder etwas in den Finanzausgleich bezahlt, noch etwas daraus erhalten. Neu soll Küssnacht aufgrund der demografischen Entwicklung im Bezirk und unter anderem auch wegen der Topografie etwas aus diesem Topf erhalten. Der grösste Betrag erhalte Küssnacht aber künftig, weil der Kanton sich mit 50 Prozent statt wie bisher mit 20 Prozent an den gesamten Lohnkosten des Lehrpersonals beteilige.

Säckelmeister Peter Küng erläutert mit weiteren Folien kurz den **Finanzplan**. Der Finanzplan für die Jahre 2025 bis 2027 beinhaltet nebst den Auswirkungen des reduzierten Steuerfusses von 155 Einheiten, zwei weitere, grosse Veränderungen. So wird der neue, innerkantonale Finanzausgleich voraussichtlich per 1. Januar 2025 umgesetzt. Die bedeutet für den Bezirk Küssnacht eine Entlastung der Erfolgsrechnung von rund 6 Millionen Franken. Die vorliegenden Werte sind in den Finanzplan der Erfolgsrechnung eingeflossen. Zudem wird im Jahr 2025 der ausserordentliche Aufwand betreffend Sanierung Spezialfinanzierung Feuerschutzwesen mit rund 7 Millionen Franken budgetiert. Ab dem Jahr 2026 kann dann wieder mit überwiegend ausgeglichenen Erfolgsrechnungen geplant werde

Die **Spezialfinanzierung Feuerschutzwesen** droht noch weiter ins Minus zu rutschen. Peter Küng erläutert, dass die Spezialfinanzierung mit den Feuerwehrbeiträgen der 20- bis 52-Jährigen nicht mehr gedeckt werden könnten und doch nun doch stark in die Löschwasserinfrastruktur investiert werden musste. Küng ruft nochmals in Erinnerung, dass der Bezirk eigentlich alle Hauseigentümer in die Pflicht nehmen wolle, wie das auch an anderen Orten im Kanton Schwyz mittels einer zusätzlichen Gebühr für Hauseigentümer gehandhabt werde. Dies habe das Stimmvolk aber bekanntlich abgelehnt. Inzwischen hätten diverse Abklärungen stattgefunden. Daher sollen 2025 rund 7 Millionen Franken auf dem Eigenkapital in die Spezialfinanzierung übertragen werden. Ein entsprechendes Geschäft soll im Frühjahr 2024 vor das Volk kommen.

Mit einer weiteren Grafik erläutert Säckelmeister Küng die Situation des Bezirks betreffend **Fremdkapital**. 2013 habe der Bezirk noch Schulden im Umfang von 15 Mio. Franken gehabt. Aufgrund diverser Investitionen sei das Fremdkapital bis 2020 auf fast 80 Mio. Franken angewachsen. Aktuell umfasse dieses noch rund 60 Mio. Franken. Der Bezirk habe zwar in den letzten

Jahren gute Ergebnisse geschrieben, die Überschüsse aber insbesondere für Rückzahlungen von Fremdkapital verwendet.

Das **Eigenkapital** des Bezirks beläuft sich auf über 110 Mio. Franken. Peter Küng betont aber, dass vor wenigen Jahren die Rechnungsführung nach HRM2 eingeführt worden sei und dabei die Liegenschaften des Bezirks neu bewertet wurden. Daher habe sich buchhalterisch das Eigenkapital des Bezirks damals gleich verdoppelt. Neu seien die Liegenschaften und Anlagen des Bezirks im Eigenkapital ausgewiesen, obwohl kein Rappen irgendwo geflossen sei.

Bezirksammann Oliver Ebert eröffnet die Diskussion und erwähnt, dass die Rechnungsprüfungskommission den Voranschlag 2024 geprüft habe und sie mit all ihren Bestandteilen zur Annahme empfiehlt. Um allfällige Anträge und Voten zu kanalisieren, werde er das Wort wie folgt zu folgenden Themen freigegeben:

1. zu den Nachtragskrediten
2. zum Voranschlag 2024
3. zur Investitionsrechnung 2024
4. zum Voranschlag 2024 des Pflegezentrums Seematt
5. zum Steuerfuss 2024

Zu den Nachtragskrediten:

Keine Nachtragskredite

Zum Voranschlag 2024

Samuel Lütolf, Küssnacht möchte gerne einen Abänderungsantrag zum vorliegenden Voranschlag stellen gemäss Paragraf 29 des Gesetzes über die Organisation der Gemeinden und Bezirke (Gemeindeorganisationsgesetz, GOG). Dabei gehe es um Folgendes: Das Komitee Parkhaus Dorfhalde habe im November 2023 öffentlich die Projektidee für ein unterirdisches Parkhaus im Gebiet Dorfhalde, unmittelbar beim Schulhaus, lanciert. Im Rahmen einer Projektstudie habe man in den vergangenen zwölf Monaten bereits die technische Machbarkeit überprüft. Das Parkhaus soll vollständig unterirdisch sein. Zudem habe man Vorschläge gemacht, wie man das Parkhaus direkt über die Grepperstrasse erschliessen könne. Weiter habe man Abklärungen gemacht mit den Grundeigentümern und sei da grundsätzlich auf offene Ohren gestossen. Das Komitee sei der Überzeugung, dass man in Küssnacht ein Parkierungskonzept in einer zukunftsgerichteten Manier brauche. Man brauche eine Parkierungslösung, die es zulasse, dass man auch dem Seeplatz allenfalls auch noch etwas anderes machen könne. Man brauche eine Parkierungslösung, dass alle Detaillisten und Gastronomen ihre heutigen Kunden weiterhin optimal empfangen können. Sie sollen aber künftig, aber auch zusätzliche Kunden empfangen können, die sicher sind, dass sie einen zentralen Parkplatz in Küssnacht finden, wenn sie nach Küssnacht zum Einkaufen kommen oder um fein "Znacht" zu essen. Man benötige eine langfristige Parkierungslösung, die genügend Parkplätze biete. Wenn man in Küssnacht Feste abhalte – egal ob Klausjagen oder Sennenkilbi oder Fasnacht – benötige es ein zugängliches Parkhaus, das man in wenigen Minuten erreichen könne. Und das sei am Standort Dorfhalde gegeben. Dazu komme noch, dass das unterirdische Parkhaus Dorfhalde auch bei Festivitäten im Zentrum jederzeit via Südumfahrung erreichbar sei. Das Komitee Parkhaus Dorfhalde sei auf sehr grosses positives Echo gestossen, als sie die Projektidee lanciert habe. Der Bezirksrat hat das Komitee zudem freundlicherweise zu einem Gespräch eingeladen, dass vergangene Woche stattfinden konnte. Es habe den Bezirksrat dabei über das Konzept, die gemachten Abklärungen, den Planungsstand und die geführten Gespräche orientieren können. Man sei dabei auf sehr offene Ohren und positive Rückmeldungen gestossen. Die konstruktive Haltung des Bezirksrat schätze das Komitee extrem. Im gegenseitigen Einverständnis stelle er, Samuel Lütolf, daher nun den Antrag, dass

man bereits im neuen Jahr mit weiteren Abklärungen starten könne. Es gehe darum, dass man die technische Realisierbarkeit wirklich intensiv prüfe. Das Komitee könne aktuell keine Beurteilung darüber vornehmen, ob der Untergrund ein solches Projekt zulasse. Das soll mit zusätzlichen Finanzen abgeklärt werden können. Der Abänderungsantrag beinhaltet daher, die Position unter Konto 7900 Raumordnung auf Seite 35 in der Botschaft um Fr. 50'000.-- zu erhöhen. Der Bezirksrat studiert nämlich seit längerer Zeit, wie man Parkierung im Dorfzentrum lösen könne. Deshalb investiere er auch selbst Geld, um ein Parkierungskonzept zu erarbeiten. Die Projektidee für das Parkhaus Dorfhalde soll im Rahmen einer Vorstudie ebenfalls untersucht werden – dies alles auf Basis der bereits durch das Komitee erarbeiteten Grundlagen. Das Projekt soll gleichgestellt werden mit den anderen Parkierungsprojekten. Man soll gut abwägen, welche Parkierungsidee sei am Schluss die beste für Küssnacht sei. Das Komitee würde sich sehr freuen, wenn man auf die Unterstützung der Küssnacherinnen und Küssnacher zählen könne für eine zentrale und zukunftsgerichtete Parkierungslösung im Dorfkern von Küssnacht.

Bezirksamman Oliver Ebert fragt, ob es dazu noch weitere Wortmeldungen gibt. Dies scheint aber nicht der Fall zu sein. Er bedankt sich im Namen des Bezirksrats bei den Initianten des Projekts, Roman Suter und Samuel Lütolf, für die Idee und die Vorarbeit. Ebert erwähnt, dass die Initianten, wie bereits erwähnt, auf den Bezirksrat zugekommen seien. Eine Delegation des Bezirksrates habe sich dann mit den Initianten getroffen und sich die Idee aufzeigen lassen. Für den Gesamtbezirksrat stelle sei das Parkhaus Dorfhalde eine prüfenswerte Alternative. Bei den Fr. 50'000.--, die nun zusätzlich in den Voranschlag eingestellt werden sollen, soll ein Vorprojekt erarbeitet werden. Es handle sich bei diesem Betrag aber noch nicht um einen Planungskredit. Es sollen nun erst einmal Grundlagen erarbeitet werden. Andere Varianten und Kombinationen, wie das Parkraumkonzept oder das Parkhaus Monséjour, werden ebenfalls weiterverfolgt. Dafür habe der Bezirksrat bereits ebenfalls Fr. 50'000.-- im Budget 2024 eingestellt. Der Bezirksrat ist der Meinung, dass man dem Antrag von Samuel Lütolf Folge leisten solle. Die Stimmberechtigten sollen dann zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden, welches Projekt der Bezirk weiterverfolgen solle. Bezirksamman Oliver Ebert fragt abschliessend, ob es weitere Wortmeldungen gibt.

Christoph Stutz, Immensee, fragt, wer der Investor des unterirdischen Parkhauses sein soll.

Bezirksamman Oliver Ebert antwortet, dass der Bezirks Küssnacht dieses Parkhaus realisieren würde, wenn die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger befinden würden, dass man dieses Parkhaus realisieren solle. Auch bei allen anderen Parkhäusern, die aktuell geprüft werden, würde der Bezirk als Investor auftreten.

Bezirksamman Oliver Ebert schreitet zur Abstimmung über den Abänderungsantrag von Samuel Lütolf.

Abstimmung Antrag Samuel Lütolf

Der Antrag betreffend Erhöhung des Betrages im Voranschlag auf Konto 7900 um Fr. 50'000 für die Erarbeitung eines Vorprojekts für ein unterirdisches Parkhaus im Gebiet Dorfhalde wird deutlich angenommen. 198 Personen stimmen Ja, 3 Personen Nein.

Bezirksamman Oliver Ebert fragt nach weiteren Wortmeldungen zum Voranschlag 2024.

Martin Raña, Küssnacht, spricht als Vertreter der SP und Unabhängigen Küssnacht. Die Ortspartei stellt den Antrag, in der Erfolgsrechnung des Voranschlags des Bezirks sei das Konto 3102.00 (Drucksachen und Publikationen) in der Funktion 0110 (Legislative) von Fr. 59'300.-- um 16'200.-- auf Fr. 75'500.-- zu erhöhen. Das entsprechende Konto sei in der Botschaft auf Seite 21 unter Sach- und übriger Betriebsaufwand eingeflossen. Mit diesem Betrag soll der Bezirk Küssnacht gemäss SP künftig das Rücksendeporto Wahl- und Abstimmungscouverts übernehmen. Kantonsrat Raña begründet, dass die politische Partizipation möglichst mit allen Mitteln gefördert werden soll. Mit einer Stimmbeteiligung von teilweise nur gerade 30 Prozent sei dies auch dringend nötig. Jede mit diesem Antrag gewonnene Stimme sei ein Gewinn für die Demokratie. Eine Steigerung von 1,8 Prozent der Stimmbeteiligung sei gemäss einer Studie der Universität Fribourg möglich, wenn das Rücksendeporto für die Stimmenden kostenlos sei. Jede noch so kleine Hürde – etwa keine Briefmarke zuhause zu haben oder fehlende Zeit, um zum Urnenbriefkasten zu gehen – soll beseitigt werden. Die Urnenbriefkästen im Bezirk Küssnacht seien nicht für alle Personen so gut erreichbar – etwa für die Bewohner der Seebodenalp, der Allmig oder von Hattikon. Aber auch einige Quartiere, die ein wenig abseits liegen, etwa Sumpf in Merlischachen, Ribetschi in Immensee oder Bürgenstock in Küssnacht. Zum Beispiel wären die Postbriefkästen beim Bahnhof oder bei der Migros in Küssnacht für viele Personen viel besser erreichbar. Zudem könnten mit diesem Antrag auch ein paar sinnlose Autofahrten am Wochenende durch das Unterdorf erspart werden. Weiter seien nicht alle Personen gleich mobil. Gerade für Personen mit einer Beeinträchtigung sei der Postbriefkasten in der Nähe viel einfacher zu erreichen. Das habe auch mit dem Thema Inklusion zu tun. Es sei nicht so, dass sich der Bezirk kostenlose Rücksendecouverts nicht leisten könne. Man komme später noch zum Thema Steuersenkung. Küssnacht wäre auch nicht die erste Gemeinde im Kanton mit kostenlosen Rücksendecouverts. Die Gemeinden Arth, Feusisberg, Freienbach und Wollerau hätten diese bereits erfolgreich eingeführt. Und auch schweizweit würden zehn Kantone ihren Bürgerinnen und Bürgern kostenlose Rücksendecouverts für die Stimmabgabe zur Verfügung stellen. Raña plädiert dafür, dass nun auch der Bezirk Küssnacht kostenlose Rücksendecouverts einführt. Jede Stimme zähle.

Bezirksammann Oliver Ebert fragt zu weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema.

Robi Betschart, Riedappel, Küssnacht, erwähnt, dass er den in der Lokalzeitung "Freier Schweizer" angekündigte Antrag der SP gelesen habe. Er habe sich auch Gedanken gemacht. Der Bezirk habe rund 8700 Stimmberechtigte, wovon jeweils rund die Hälfte abstimmen gehe. Es mache wenig Sinn, jedes Couvert mit einem Franken zu taxieren, wenn dann nur die Hälfte davon Gebrauch mache. Dazu komme, dass die wenigsten überhaupt die Abstimmungscouverts mit der Post schicken würden. Er selbst wisse in seinem persönlichen Umfeld niemand, der je eine Marke auf ein Abstimmungscouvert geklebt habe. Die meisten Personen würden in den drei Wochen, die man Zeit habe, ihre Couverts in den Urnenbriefkästen in Küssnacht, Immensee oder Merlischachen einwerfen. Dazu brauche man auch kein Fahrzeug, denn die meisten würden in drei Wochen einmal Zeit finden, einen Spaziergang zu machen und das Couvert gleich mitzunehmen. Darüber hinaus gäbe es auch noch einige Personen, die am Sonntagmorgen an die Urne gehen – bei der letzten Abstimmung waren dies aber gerade noch einmal 21 Personen. Im Prinzip könne man rechnen, dass man pro Abstimmung Ausgaben für kostenlose Rücksendecouverts von Fr. 5'000.-- bis Fr. 6'000.-- habe. Pro Jahr mache dies etwa Fr. 15'000.-- bis Fr. 16'000.--. Dieses Geld könne der Bezirk sicher sinnvoller einsetzen.

Bezirksammann Oliver Ebert fragt nach weiteren Wortmeldungen.

Martin Raña, Küssnacht, nimmt Stellung zum Votum von Robi Betschart. Er führt aus, dass er die Kosten ebenfalls berechnet habe und zu einem ähnlichen Ergebnis wie Robi Betschart gekommen sei. Er sei dabei auch von einer Stimmbeteiligung von 50 Prozent ausgegangen. Er habe überdies mit den neuen Posttarifen für A-Post für das kommende Jahr gerechnet. Künftig koste eine A-Post-Sendung Fr. 1,20. Es sei davon auszugehen, dass lediglich 60 Prozent der

Abstimmenden ihre Abstimmungsunterlagen per Post schicken werden. Dies würden Erfahrungswerte aus Arth und Freienbach zeigen. Überdies möchte Raña noch erwähnen, dass der Bezirk nur jene Couverts bezahlen müsste, die effektiv mit der Post geschickt würden.

Bezirksammann Oliver Ebert übergibt Wort dem Landschreiber, nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt.

Landschreiber Marc Sinoli übernimmt die Ausführungen, da es sich beim Antrag um eine technische Angelegenheit der Bezirkskanzlei handelt. Sinoli erwähnt, dass die Thematik soeben auch im Kantonsrat besprochen worden sei. Der Kantonsrat habe das Anliegen abgelehnt und darauf verwiesen, dass alle Gemeinden selbst kostenlose Rücksendecouverts bei Abstimmungen einführen können. Infolge sei der Antrag nun dem Bezirksrat vorgetragen worden. Der Bezirksrat habe den Antrag intern geprüft und diskutiert. Er lehnt den Antrag ab. Der Bezirksrat begründet die Ablehnung damit, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht gegeben sei. Der Bezirk habe in allen drei Ortschaften an zentraler Lage ein Urnenbriefkasten. Zudem hätten die Stimmenden mit vier Wochen eine relativ lange Zeit zur Verfügung, in denen alle Personen sicher einmal an einem solchen Briefkasten vorbeikämen. Überdies sei es allen Stimmenden selbst überlassen, ob sie eine Briefmarke auf das Couvert kleben oder das Couvert selbst vorbeibringen wollen. Daran sollte es also eigentlich nicht scheitern. Lange Rede, kurzer Sinn: Der Bezirksrat lehnt den Antrag ab und bittet die Anwesenden, dem Antrag so zu folgen.

Bezirksammann Oliver Ebert schreitet zur Abstimmung

Abstimmung Antrag Martin Raña

Der Antrag Martin Raña betreffend Erhöhung des Betrages im Voranschlag auf Konto 3102.00 (Drucksachen und Publikationen) in der Funktion 0110 (Legislative) von Fr. 59'300.-- um 16'200.- auf Fr. 75'500.-- für die Übernahme der Rücksendeporti der Wahl- und Abstimmungscouverts durch den Bezirk wird abgelehnt. Die nachgelieferten Resultate der Auszählungen ergaben 36 Ja- und 160 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Bezirksammann Oliver Ebert fragt nach weiteren Wortmeldungen.

Mathias Bachmann, Küssnacht, bezieht sich auf Konto 3 "Kultur, Sport und Freizeit" in der Erfolgsrechnung. Ende November hätten die Vereine Post erhalten aus dem Rathaus. So habe der Bezirk nun eine Steuersenkung beantragt, gleichzeitig gab es aber unbegründete Kürzungen langjähriger Vereinsbeiträge. Man habe diese Thematik nun auch bei der Mitte-Ortspartei thematisiert und man sei ein wenig erstaunt gewesen. Daher möchte Bachmann hier einen Antrag unterbreiten. Die Mitte wolle, dass auf die Kürzung langjähriger Vereinsbeiträge vorerst verzichtet wird, um ausreichend Zeit zu haben, um mit den Vereinen ins Gespräch zu kommen. Bachmann führt aus, dass die Vereine bereits jeweils im Mai Gesuche um Vereinsbeiträge einreichen müssten, dies mit diversen Dokumenten. Dabei müssen sie unter anderem auch Erfolgsrechnung und Bilanz vorlegen. Der Bezirksrat lasse sich infolge rund sechs Monate Zeit, um die Vereine anschliessend darüber zu informieren, dass sie teilweise weniger Beiträge erhalten würden – dies nun heuer erst sechzehn Tage vor der Bezirksgemeinde. Der aktuelle Entscheid des Bezirksrats sei nicht kommentiert worden. Die Vereine hätten nicht gewusst, warum sie weniger Beiträge erhalten würden. Bachmann erwähnt, dass er sich rumgehört habe, da er selbst mit einem Verein betroffen sei. Dabei habe sich gezeigt, dass auch andere Vereine betroffen seien. Es ist für ihn sehr stossend, dass die Vereine sehr kurzfristig und unkommentiert informiert worden seien, nachdem der Bezirksrat sechs Monate Zeit hatte. Daraufhin bat Mathias Bachmann den Bezirksrat, ihm bekanntzugeben, welche Vereine betroffen und wie gross die Kürzungen seien. Er sei dann mit seinen Fragen telefonisch und schriftlich an den Säckelmeister gelangt. Leider habe er eine abschlägige Antwort erhalten, da der Bezirksrat nicht Auskunft über die Zahlen geben möchte. Der Bezirksrat habe aber auch darauf verwiesen, dass verschiedene Vereine höhere

Beiträge erhalten hätten und in der Summe nicht gekürzt worden sei. Diese Auskunft hat Bachmann aber nicht gereicht. Es sei sein Recht als Bürger, zu wissen, wie die Zahlen aussehen würden. Der Kanton Schwyz lebe es vor: Man könne nachschauen beim Swisslos-Fonds des Kantons Schwyz, wie viele Geld die einzelnen Vereine da erhalten würden. Völlig transparent. Warum dies der Bezirksrat nicht machen will, leuchtet Bachmann nicht ein. Er habe dann beim Bezirk nochmal nachgebohrt, man hatte dann aber keine Zeit beim Bezirk gehabt. Er fordert den Bezirk auf, dass man sich auch für ein anderes Jahr dafür Zeit nehmen sollte. Für die Mitte sei es nämlich wichtig, dass man die Interessen der Vereine in den Diskurs stellen könne und ihnen aufzeigen könne, warum es nun mehr Unterstützungsbeiträge brauche und warum nicht. Dabei gäbe es auch andere wichtige Fragen zu diskutieren wie beispielsweise die Infrastruktur. So habe man heute beispielsweise ein Geschäft für einen kostenlosen Baurechtszins überwiesen, was Bachmann sehr begrüsst und als wichtig erachtet. Ich finde nicht, dass der Bezirk damit soll Geld verdienen. Bachmann erwähnt aber, dass er Vereine kenne, die Geld bezahlen müsse, wenn sie Infrastrukturen nutzen – sei es für ein Konzert in der Turnhalle. Also der Verein erhalte Geld vom Bezirk in Form von Unterstützungsbeiträgen und müsse es dann für die Miete gleich wieder ausgeben. Da sei für ihn die Transparenz der Beiträge und die Gerechtigkeit nicht wirklich gegeben. Daher brauche es nun einen Marschhalt und eine Auslegeordnung mit den Betroffenen. Es gäbe verschiedene Ansprechpartner, beispielsweise eine IG Musik oder eine IG Sport. Bachmann führt weiter aus, dass es ja schön sei, dass der Bezirk heute Abend über eine Steuersenkung diskutieren könne. Das sei schön für den Bezirk. Es brauche aber nicht nur eine attraktive Steuerpolitik, sondern auch ein attraktives Dorfleben mit einer attraktiven Vereinskultur. Das könne man nicht allein von der Höhe der Vereinsbeiträge abhängig machen. Bachmann wünscht sich, dass man bevor man allgemeine Streichungen macht, zuerst mit den Betroffenen zusammensitzt. Daher fordert er mit seinem sein Antrag, dass man langjährige Vereinsbeiträge nicht kürzt, um genügend Zeit zu haben, um dies mit den Vereinen zu diskutieren.

Bettina Beerli, Küssnacht, liegt das Vereinsleben in Küssnacht am Herzen – insbesondere Tennis- und Fussballclub. Ihre Kinder und sie durften und dürfen in verschiedenen Vereinen in Küssnacht Mitglied sein. Sie stelle aber fest, dass Vereine ungleich behandelt würden bei den Vereinsbeiträgen. Es mache den Anschein, dass Vereine mit gewissen Mitgliedern bessere Positionen haben als vielleicht kleine Vereine oder Vereine, die erst am Entstehen seien. Sie findet es wichtig, dass man Vereine unterstützt für ein bewusst aktives Küssnacht. Dies solle man aber auch transparent machen. Es könne nicht sein, dass ein Verein, der über eine Person in einem bestimmten Gremium vertreten ist oder jemanden besser kennt, mehr profitiert als andere. Daher brauche es Transparenz. Sie unterstütze daher das Votum von Mathias Bachmann.

Robi Betschart, Riedappel, Küssnacht, erläutert, dass die ganze Vereinsgeschichte in Küssnacht ein riesiges Thema sei. Er habe in Vergangenheit in diversen Kommissionen und Arbeitsgruppen schon mitgewirkt. Nicht zuletzt, deshalb habe er sich im Vorfeld auf die heutige Versammlung Gedanken gemacht, wie man die Unterstützungsbeiträge regeln könnte. Einer der grössten Vereine sei der Fussballclub Küssnacht. Es gäbe aber derzeit ziemlich grosse Diskussionen in Küssnacht, was dieser Club alles haben und benutzen könne vom Bezirk. Man müsse jedoch auch wissen, dass der FC Küssnacht sicher rund 500 Mitglieder zähle und sich im grossen Stil für die Jugendförderung einsetze. Folglich habe der Fussballclub auch grosse Ausgaben. Robi Betschart vertritt die Ansicht, dass man nicht heute Abend entscheiden könne, was die richtige Unterstützung für einen Verein sei oder nicht. Es benötige eine Arbeitsgruppe, um Grundlagen zu schaffen. Dabei müsste etwa auch angeschaut werden, welche Auslagen hätten die Vereine überhaupt. Sein Jodlerklub habe beispielsweise eine Dirigentin, welche pro Probe etwas koste. Bei der Feldmusik sei das in etwa ähnlich. Betschart rechnet exemplarisch vor, dass der Bezirk beispielsweise dem FC Küssnacht 100'000 Franken bezahlen könnte, dann würde dies pro Mitglied 200 Franken ausmachen. So könnte der Bezirk beispielsweise einem Verein mit 20 Mitgliedern ebenfalls 200 Franken pro Mitglied bezahlen. Was das ausmache, könne man einfach mal so über den Daumen rechnen. Dann müsse man aber auch noch berücksichtigen, wie viele

Kosten bei den einzelnen Vereinen wirklich anfallen würden oder was diese für den Bezirk machen würden. All dies zu berücksichtigen sei sehr schwierig. Daher plädiert Betschart dafür, vorwärtszumachen und eine Arbeitsgruppe zu bilden. Er würde sich sogar dafür zur Verfügung stellen.

Bezirksammann Oliver Ebert verdankt die Voten. Er versichert, dass die Vereine dem Bezirksrat sehr wichtig seien. Der Bezirk sei zudem mit den Vereinen sehr grosszügig etwa im Vergleich mit den Nachbargemeinden. Ebert betont, dass die Anpassung der Vereinsbeiträge überhaupt keine Reduktion der Unterstützungsbeiträge in der Summe sei. Der Bezirk habe 2023 für die Unterstützungsbeiträge sage und schreibe Fr. 591'000.-- im Budget eingestellt und für das kommende Jahr sogar Fr. 622'900.--; also einiges Mehr als im Vorjahr. Es habe nun lediglich eine Bereinigung stattgefunden respektive eine Angleichung. Transparenz sei dem Bezirksrat zudem ein grosses Anliegen. Es sei auch nicht so, dass Vereine mit einer grossen Lobby am meisten erhalten – dies sei aber in Vergangenheit vielleicht manchmal so gewesen. Bezirksammann Ebert gibt zwei Beispiele für die gemachten Anpassungen:

- Der Beitrag für die Feldmusik Küssnacht sei von Fr. 6000.-- auf Fr. 5000.-- reduziert worden. Im Gegenzug habe man aber den jährlichen Beitrag für die Musikgesellschaft Imensee von Fr. 4000.-- auf Fr. 5000.-- erhöht. Für den Bezirk Küssnacht sind diese beiden Vereine miteinander vergleichbar. Daher sei eine Angleichung gerechtfertigt.
- Zudem habe man den Beitrag für den Verein Männerxang reduziert von bisher Fr. 2000.-- auf Fr. 1500.--. Im Gegenzug erhalten die Alphornbläser neu auch Fr. 1500.-- statt wie bisher Fr. 1000.--

Oliver Ebert betont nochmals, dass keine Kürzungen von Vereinsbeiträgen per se vorgenommen worden sind. Der Bezirksrat habe sich um eine Angleichung bemüht. Auch habe diese Angleichung nichts mit der geplanten Steuersenkung zu tun. Schliesslich wolle der Bezirk im kommenden Jahr Fr. 31'000.-- mehr ausgeben für die Vereine als im Vorjahr. Weiter führt der Bezirksammann aus, dass viele Beiträge sehr ungleich und historisch entstanden seien. Ein Vergleich der verschiedenen Beiträge sei sehr schwierig. Bis dato habe man aber Äpfel mit Bananen verglichen. Inzwischen komme man eher in Richtung Äpfel und Birnen. Zudem seien die Unterstützungsbeiträge in der Rechnungslegung mit HRM2 nur schwer abbildbar. Der Bezirk habe längst eine Arbeitsgruppe gegründet mit Personen, die sich seit Jahren mit Vereinen beschäftigen. Zudem habe diese Arbeitsgruppe verschiedene Kriterien erarbeitet, mit denen Vereinsgesuche geprüft werden. Im Sinne der Transparenz will der Bezirksammann diese kurz herunterlesen:

- Aktivität ist von öffentlichem Interesse / Mehrwert für die Bevölkerung
- Aktivität ist im Interesse des Bezirks / Übernahme von öffentlichen Aufgaben
- Jugendförderung
- Steigerung der Attraktivität und Förderung der Ortsentwicklung
- Eigeninitiative, Qualität und Professionalität
- Eigenleistung sowie finanzielle Leistungsfähigkeit des Antragsstellers (Vereins- oder Organisationsvermögen)
- Unterstützung durch andere öffentliche oder private Organisationen
- Bezogene Gesamtleistung vom Bezirk Küssnacht (unentgeltliche oder vergünstigte Benützung von bezirkseigenen Infrastrukturen wie etwa Turnhallen)
- Vereinsgrösse / Mitgliederanzahl
- Bezug zum Bezirk Küssnacht (prozentualer Anteil lokaler Mitglieder)

Die Arbeitsgruppe habe nun alle Vereine unter diesen Kriterien beleuchtet. In einer zweiten Phase hat der Bezirksrat gestützt darauf Beiträge im Budgetprozess eingesetzt. Es ist dem Bezirksrat nicht darum gegangen, jemandem etwas wegzunehmen. Es sei darum gegangen, dass man immerhin Äpfel mit Birnen vergleichen kann. Vom Vergleich Äpfel mit Äpfeln sei man aber noch weit weg und dies werde man wohl nie erreichen. Man sei aber bestrebt, mit den obigen Kriterien die Vereinsgesuche objektiv zu beurteilen und ein faires Ergebnis zu gewährleisten. Eine Mischrechnung sei zudem sehr schwierig durchzuführen, da die Vereinsleistungen – etwa geldwerte Leistungen – auf verschiedenen Konten verbucht würden. Ebert führt weiter aus, dass einige Vereine mit Fragen betreffend den Unterstützungsbeiträgen an den Bezirk gelangt seien.

Man habe aber diese Anfragen alle transparent beantworten können. Der Bezirksrat ist der Meinung, die die heute beantragten Vereinsbeiträge einen Schritt in die richtige Richtung sind und beantragt deren Genehmigung im Budget. Oliver Ebert erwähnt weiter, dass er noch viele verschiedene Beispiele aufzählen könnte, um aufzuzeigen, dass keineswegs nur Beiträge gekürzt worden sind. Viele Vereine seien bis dato vielleicht einfach benachteiligt gewesen, weil sie nicht eine so starke Lobby gehabt hätten und nicht so laut wie andere gewesen seien.

Mathias Bachmann, Küssnacht, bedankt sich bei Robi Betschart. Er hofft, dass Betschart dann in die Arbeitsgruppe eingeladen wird. Bachmann erwähnt, dass er dann auch sehr gerne dabei wäre bei dieser Arbeitsgruppe. Er sei der Überzeugung, dass man ihm und Robi Betschart den Einsitz in dieser Arbeitsgruppe nicht verwehren könne, angesichts dessen, was er und Betschart bereits für die Küssnachter Vereine geleistet hätten. Weiter dankt Bachmann seiner Vorrednerin Frau Beerli. Er pflichtet ihr bei, dass Transparenz wichtig sei. Er führt weiter aus, dass der Bezirk zwar von Transparenz rede, diese aber nicht lebe. Bachmann spricht den Bezirksammann direkt an und sagt, dass er dies wirklich nicht in Ordnung fände. Er habe sich mehrmals beim Säckelmeister per Telefon erkundigt, er habe auch mit dem Landschreiber telefoniert. Weiter hätte er Mails geschrieben. Bachmann sagt, er wolle doch einfach Zahlentransparenz. Er sei nicht erfreut darüber, dass der Bezirksammann heute Abend einfach zwei Beispiele rauspicke, von denen Bachmann selber in einem Fall noch betroffen sei. Er wolle keine Neid-Debatte, wie sie nun lanciert wurde. Aber er fände es wirklich nicht in Ordnung, wenn man sechs Monate nichts höre und dann einen unbegründeten Entscheid erhalte. Er könne allen den Brief im Anschluss zeigen, den er als Kassier der Feldmusik erhalten habe. Bachmann kann nicht verstehen, dass man ihm kein Einsichtsrecht gewähre, obwohl der Datenschutzbeauftragte ihm sage, dass er dazu das Recht hätte. Bachmann wiederholt, dass er mindestens viermal nachgefragt hätte, man aber beim Bezirk stets gesagt habe, man habe keine Zeit. Es sei ja auch noch Klausjagen gewesen. Daher sei es nun seine einzige Möglichkeit, hier vorne zu stehen und zu nörgeln. Hätte man die Vereine vorher mitgenommen, hätte man hier jetzt andere Diskussionen. Er fände es jetzt keine schöne Sache, wenn der Bezirksammann selektiv Sachen hervorgehe und damit Unmut provoziere.

Bezirksammann Oliver Ebert lässt das so nicht im Raum stehen. Er sei auf mehreren Mailverläufen im Verteiler gewesen, in denen Landschreiber Marc Sinoli Bachmann sehr ausführlich Antwort gegeben hätte. Man habe da aber auch eine gewisse Beratungsresistenz festgestellt. Darauf will Ebert aber nicht weiter eingehen. Er wolle auch keine Neid-Debatte lancieren. Der Bezirksrat wolle Transparenz und Gleichheit. Er werde nun den Antrag von Mathias Bachmann zur Abstimmung bringen und diesen auch formell oder materiell nicht beanstanden. Bevor er zur Abstimmung schreitet, erkundigt er sich nach weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung Antrag Mathias Bachmann

Der Antrag von Mathias Bachmann, der fordert, dass von den geplanten Kürzungen bei den Vereinsbeiträgen vorerst abgesehen wird und stattdessen mit den betroffenen Vereinen erst das Gespräch sucht, wird abgelehnt. Die Versammlung entscheidet mit 79 zu 111 Stimmen gegen den Antrag von Mathias Bachmann.

Bezirksammann Oliver Ebert fragt, ob es zum Voranschlag 2024 weitere Wortmeldungen gibt. Das scheint nicht der Fall zu sein.

Zur Investitionsrechnung 2024:

Keine Wortmeldungen

Zum Voranschlag des Pflegezentrums Seematt 2024:

Keine Wortmeldungen

Zum Steuerfuss 2024:

Severin Isenschmid, Küssnacht, spricht als Präsident der FDP-Ortspartei Küssnacht. Wie man bereits in der Zeitung lesen konnte, beantrage die FDP-Ortspartei eine Steuersenkung des Steuerfusses um 20 Einheiten und nicht wie vom Bezirksrat beantragt um 10 Einheiten – also von 165 auf 145 Einheiten und dies sowohl für juristische als auch für natürliche Personen. Dies aus den folgenden Gründen: Der Bezirk hat enorme Ertragsüberschüsse angehäuft, man konnte dies in den vorher präsentierten Zahlen entnehmen. Klar sind diese 100 Millionen Franken nicht irgendwo auf einem Bankkonto, hoffentlich auch nicht. Der Bezirk habe aber trotzdem ein grosses Eigenkapital. Der Bezirk habe 2021 8,7 Mio. Franken vorwärts gemacht, 2022 9,6 Mio. Franken und 2023 dürften es auch zirka 4 Mio. Franken sein. Bereits mit diesen Ertragsüberschüssen könne man die von der FDP beantragte Steuersenkung drei Jahre lang problemlos finanzieren. Man müsse dazu nicht einmal das Eigenkapital angreifen. Zusätzlich gäbe es ab 2025 die bereits definitiv beschlossene Entlastung von jährlich rund 6 Mio. Franken durch den innerkantonalen Finanzausgleich. Diese jährliche Entlastung durch den Finanzausgleich komme ab 2025 definitiv und sei mit ein Grund, weshalb der Bezirksrat nun eine Steuersenkung von 10 Einheiten beantrage. Auch die 6 Mio. Franken Entlastung durch den Finanzausgleich finanziere bereits fast eine Steuersenkung um 20 Einheiten. Man hätte die Steuerreduktion also bereits zweimal bezahlt. Weiter erwähnt Isenschmid, dass das Damoklesschwert der SUK2 (Südumfahrung 2. Abschnitt) weg falle. Klar benötige man nun etwas Kapital, um die Grepperstrasse zu sanieren. Doch der zweite Abschnitt komme nun ja nicht. Die hohen Zahlen in der Finanzplanung würden nun also wegfallen. Stünde die SUK2 noch zur Debatte, könnte man die Steuern sicher nicht senken. Weiter stünden in den kommenden Jahren verschiedene Projekte wie Schulhäuser oder Strassen an. Diese könne der Bezirk jedoch finanzieren, sei es aus den laufenden Erträgen oder über Reduktion von Eigenkapital – das sehe man dann, wenn es so weit sei. Das Wichtigste sei jedoch das Eigenkapital mit rund 100 Mio. Franken. Es könne nicht sein, dass der Bezirk Steuern auf Vorrat erhebe. Dieses Geld gehöre der Bevölkerung und nicht dem Bezirk. Man könne daher dieses Geld nicht einfach auf einen Haufen tun und dann sagen, man müsse dann mal vielleicht dieses oder jenes bauen. Sollte etwas anstehen, könne man dann immer noch mit den Steuern wieder einmal rauf. Jetzt sei man aber eine Ewigkeit nicht heruntergegangen und habe stets Gewinne geschrieben. Severin Isenschmid führt aus, dass er bereits vor einem Jahr an dieser Stelle eine Steuersenkung beantragt habe – damals vergebens. Doch nun hätten sich die Befürchtungen der damaligen Gegner nicht bewahrheitet. Der Bezirk habe viel Geld und der prognostizierte Corona-Knick sei nicht gekommen. Es sei daher nun an der Zeit, den Griff des Fiskus in das Portemonnaie des Bürgers zu stoppen oder zumindest zu reduzieren. Daher bittet er die Anwesenden, dieser Steuersenkung um 20 Einheiten heute Abend zuzustimmen.

Roli Müller, Küssnacht, spricht als Vertreter der SVP-Ortspartei. Man habe heute Abend bereits über Äpfel, Bananen, Birnen und Briefmarken diskutiert. Nun sei man bei den Steuern angelangt. Er sei froh, dass man nun bei einem ernsteren Thema auf einem anderen Niveau angelangt sei. Die SVP-Ortspartei sei eigentlich dafür, die Steuern noch weiterrunter zu senken – beispielsweise um 30 Einheiten. Das wäre gemäss Müller schon noch praktisch, dann würde es sicher auch allen für die Briefmarken reichen. Müller pflichtet seinem Vorredner bei, dass der Bezirk nicht einfach irgendwo auf Vorrat Geld horte für Sachen, die man noch nicht einmal in der Glaskugel sähe. Das Geld gehöre den Bürgern. Man solle es auch dafür brauchen, für was es vorgesehen sei. Man soll es nicht einfach auf die Seite legen, damit man es hat für Sachen, die man noch gar nicht weiss. Das fände die SVP nicht so optimal. Eine Steuersenkung um 30 Einheiten sei vielleicht ein wenig steil. Doch 10 Einheiten sei sicher zu wenig. Daher sei die SVP zu einer Kompromisslösung bereit und unterstützte den Antrag zur Reduktion um 20 Einheiten.

Stefan Christen, Küssnacht, sagt, er erlaube sich als Kantonsrat der FDP auch noch etwas zu sagen, damit jede Partei einmal vorne gewesen sei. Die FDP fordere seit mehreren Jahren auf kantonaler und kommunaler Ebene eine moderate Steuersenkung. Diese seien aber bisher nie zustande gekommen. Vor zwei Jahre habe man keine Steuersenkung wegen der Corona-Pandemie gewollt, im vergangenen Jahr habe man mit den steigenden Kosten bei den Löhnen, der Energie und im Asylwesen aufgrund des Krieges in der Ukraine begründet. Man habe immer wieder einen Grund, um gegen eine Steuersenkung zu sein. Man müsse die Steuern jetzt einfach einmal 20 Einheiten runtersetzen statt zwei Mal um 10 Einheiten oder vier Mal um 5 Einheiten. Wichtig sei einfach, dass die Steuern nun runterkommen – ob 20 oder 30 Einheiten sei ihm ehrlich gesagt auch egal. Ich nehme an, man einigte sich heute auf 20 Einheiten. Der Kantonsrat habe übermorgen Sitzung in Schwyz und auch dort seien die Steuern Thema. Und betreffend innerkantonalen Finanzausgleich – man könne da dafür oder nicht dafür sein oder drauskommen oder nicht – auch dort gehe es um Steuergelder. Man müsse nun in Küssnacht ein Zeichen setzen. Man habe immer gesagt, der Kanton müsse helfen, da die Kosten aus dem Ruder laufen würden. Jetzt helfe der Kanton und der Bezirk mache nichts bei den Steuern. Es müsse massvoll gewirtschaftet werden. Das einzige Mittel, das die Bürger dazu haben, sei der Steuerfuss. Das Einzige, was der Bürger an einer Bezirksgemeinde bestimmen könne, sei der Steuerfuss. Das sei das Instrument, das es gibt, um etwas zu korrigieren. Also mache man dies und nehme die demokratischen Rechte wahr. Er appelliert an die Versammlung, dem Antrag von Severin Isenschmid zur Reduktion des Steuerfusses um 20 Einheiten zuzustimmen. Zudem ergänzt er, dass man im Kanton Schwyz in der letzten Legislatur rund eine halbe Milliarde zu viel eingenommen habe.

Bezirksammann Oliver Ebert fragt scherzhaft, warum der Bezirk Küssnacht dann nur 6 Millionen Franken erhalten würde.

Mathias Bachmann, Küssnacht, spricht im Namen der Mitte-Ortspartei. Die Partei habe die Steuerfussenkung an der Parteiversammlung auch intensiv diskutiert. Zuerst geht Bachmann aber noch kurz auf die Kantonsfinanzen ein und erläutert, warum der Kanton derart hohe Überschüsse generiere. Er führt aus, dass der Kanton gerne die Steuern weiter senken würde, dies aber problematisch wäre aufgrund der so genannten Untermargigkeit. Konkret heisse dies: Würde der Kanton die Steuern weiter senken, dann würde der Mechanismus des nationalen Finanzausgleichs den Kanton Schwyz derart bestrafen, dass er von eingenommenen 10 Franken jeweils 11 Franken nach Bern respektive an die anderen Kantone schicken müsste. Das sei ein Problem. Diese Problematik habe nun dazu geführt, dass man auf kantonaler Ebene nun den innerkantonalen Finanzausgleich genauer anschauen. Daher komme nun, wie bereits erwähnt, in den Genuss von 6 Mio. Franken.

Die Mitte sei nun der Meinung, dass man in Küssnacht die Steuern nicht sofort um 20 Einheiten runtersetzen solle, sondern lediglich um 10 Einheiten, so wie es der Bezirksrat vorschlage. Es stünden nun diverse Projekte an, der Bezirk benötige Investitionen bei den Schulräumen. Zudem gäbe es sanierungsbedürftige Strassen und auch ein Parkhaus sei geplant. Bachmann ist überzeugt, dass man in einem Jahr besser wisse, wohin es gehen solle. Zudem sei es ja nach aussen auch kein schlechtes Zeichen, wenn man in der Zeitung im kommenden Jahr lesen könnte, dass Küssnacht zweimal hintereinander die Steuern senken könne. Bachmann mahnt, nicht den gleichen Fehler zu machen wie der Kanton Schwyz vor zehn oder zwölf Jahren. Damals habe der Kanton saftige Steuersenkungen gemacht und danach rote Zahlen geschrieben. Folglich musste man die Steuern schnell wieder anheben, was ein brutal schlechtes Signal gegeben habe. Bachmann sei es daher lieber, lieber jetzt mal 10 Einheiten die Steuern zu senken und dann im kommenden Jahr erneut, um eine Steuersenkung zu diskutieren. Man müsse dann sukzessive anschauen, ob sich der Bezirk das leisten könne. Bachmann plädiert für sukzessive Reduktionen.

Martin Raña, Küssnacht, spricht im Namen der SP-Ortspartei. Er sei sich bewusst, dass er sich nun wohl nicht sehr beliebt mache. Eigentlich sei die Frage dieselbe wie im vergangenen Jahr,

führt der Kantonsrat aus: "Wie viel spart die Mehrheit von uns effektiv bei einer Steuersenkung? Reicht es für die Mietkostenerhöhung? Wahrscheinlich nicht." Eine Steuersenkung könne eine gute Idee sein, sagt er weiter. Aber es stünden nun einige grosse Projekte an. Er erwähnt die Zentrumsgestaltung, die Schulräume, die Sportanlagen mit der Eishalle und das Parkhaus. Raña sagt, dass er sich wiederhole. Wenn man den Bezirk noch attraktiver mache, würde das zu noch teureren Mieten und Immobilienpreisen führen. Das sei wohl nicht im Interesse aller hier, sondern nur von ein paar wenigen. Wenn er sich seinen Kollegenkreis vergegenwärtige und jene Leute, mit denen er aufgewachsen sei, so müsse er feststellen, dass die meisten von denen heute in Arth, Weggis oder Vitznau leben würden, weil das Wohnen in Küsnacht zu teuer sei. Der SP-Sprecher erwähnt weiter einen Artikel im "Freien Schweizer" betreffend Swiss Taxometer des Schweizer Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik IWP, in dem sinngemäss gestanden sei, dass von Steuersenkungen nur wenige profitieren. Die Entlastung von Mittel- und Geringverdienenden würde lediglich über bezahlbaren Wohnraum erfolgen. Er hoffe daher, dass sich in dieser Thematik in Küsnacht etwas tue. Er hätte übrigens heute Abend gerne mehr davon gehört, was auf der Schürmatt diesbezüglich geplant sei, auch wenn das noch eine Zukunftsvision sei. Raña sagt, dass man das wenige Geld, das man mit einer Steuersenkung einspare, mehrfach wiederum für Mieten ausgeben müsse – vielleicht nicht die heutige, aber eine nächste Generation. Diese Leute müssten dann den Bezirk verlassen und an einem günstigeren Ort eine Wohnung suchen. Er appelliert daher an die Versammlung, gegen die Steuersenkung zu stimmen.

Urs Dober, Luzernerstrasse, Küsnacht, betont, dass er parteilos sei. Er sei ein wenig erstaunt über die Argumentation, mit der für eine Steuererleichterung geworben werde. Er habe im Kopf, dass man bisher immer erwähnt habe, dass eine Südumfahrung für den Bezirk viel zu teuer sei. Auch ein Parkhaus sei bisher immer aus Kostengründen verworfen worden. Dober erwähnt, dass alles, was man sich leisten wolle, halt auch teuer sei. Es sei zwar richtig, dass man nicht Steuern auf Vorrat erhebe und Schulden machen solle. Aber es sei schlimm, wenn der Bezirk Aufgaben vor sich herschiebe und nicht löse. Dies sähe man bei der Südumfahrung exemplarisch. Bereits in den 1950er-Jahren hätte man über erste Vorschläge diskutiert und es hätte damals noch Beiträge von Bund und Kanton gegeben. Aber nein, man habe dies nicht realisieren wollen und stelle nun fest, dass man eine Südumfahrung fast allein finanzieren müsste und alles zu teuer sei. Und statt Visionen zu haben, rede man hier über Steuersenkungen. Stattdessen solle der Bezirk doch lieber das Dorf attraktiver machen, statt die Steuern zu senken. Dober nimmt Bezug auf seinen Vorredner und sagt, dass er es falsch fände, das Dorf unattraktiv zu machen, nur damit niemand hierherzieht. Weiter erwähnt er, dass man vor Jahren im Bezirk hart gerungen habe, als es darum ging die Seematt zu kaufen, also die Wiese, auf der heute Schulhaus und Pflegezentrum stünde. Nur eine kleine Mehrheit habe sich damals für den Kauf ausgesprochen. Pro Quadratmeter habe der Bezirk damals weniger als 60 Franken bezahlt, was damals viel Geld gewesen sei. Doch die Verantwortlichen hätten damals Visionen gehabt und in die Zukunft von Küsnacht investiert. Dober appelliert an die Versammlung, die Steuern so zu belassen, um Geld für die Attraktivitätssteigerung des Dorfes auf die Seite zu legen.

Bezirksammann Oliver Ebert fragt nach, ob das Votum von Urs Dober als Antrag zu verstehen sei.

Urs Dober vereint dies. Es sei nur eine "Stimme".

Bezirksammann Oliver Ebert stellt fest, dass das Wort nicht mehr verlangt wird.

Säckelmeister Peter Küng erläutert, dass nicht nur das Eigenkapital berücksichtigt werden müsse, sondern auch die Schulden. Der Bezirk habe aktuell noch rund 80 Mio. Franken Schulden. Gegenwärtig müsse der Bezirk neues Fremdkapital mit 1,5 bis 2 Prozent verzinsen. Weiter führt der Säckelmeister nochmals aus, dass der Finanzausgleich ab 2025 zusätzliche Entlastungen für den Bezirk mit sich bringen würde. Trotzdem würde der Bezirksrat bereits jetzt eine Sen-

kung beantragen. Er erwähnt zudem, dass eine Steuersenkung um 10 Einheiten zirka Mindereinnahmen von rund 3 Mio. Franken zur Folge hätte, was vertretbar sei. Eine Steuersenkung um 20 Prozent sei hingegen problematisch, da diese automatisch zu einer grösseren Fremdkapitalbedarf führen würde. Man könne aber nicht mehr investieren als man einnimmt. Es könne nicht sein, dass man künftig für jeden investierten Rappen Fremdkapital aufnehmen müsse. Küng appelliert, für eine Steuersenkung um 10 Einheiten zu stimmen und dann 2025 zu schauen, wie sich die Situation entwickelt und ob es weitere Steuersenkungen verträgt.

Bezirksammann Oliver Ebert möchte es nicht unterlassen, einige Bemerkungen zu vorherigen Voten zu machen. Er führt aus, dass der Bezirksrat heute nicht mehr nur über eine Legislatur seinen Visions- und Strategiehorizont lege. Heute habe man längere Betrachtungsperioden, aktuell bis ins Jahr 2040. Weiter sei auch die Zukunft des Areals Schürmatt ein Thema. Man sei dort in einer Planungs- und Findungsphase. Der Bezirksrat wolle darüber aber erst kommunizieren, wenn die Angelegenheit in trockenen Tüchern sei. Zudem betont Ebert, dass der Bezirksrat sehr wohl wisse, dass die Steuergelder nicht seine eigenen Gelder seien. Er gehe daher sehr treuhänderisch damit um. Der Bezirk erhebe auch nicht Geld auf Vorrat, dies dürfe er auch nicht. Weiter seien die 6 Mio. Franken, die der Bezirk ab 2025 aus dem innerkantonalen Finanzausgleich erhalten würde, in der Finanzplanung bereits miteinberechnet. Daher habe der Bezirksrat aufgrund der Finanzplanung den Vorschlag gemacht, die Steuern vorerst nur um 10 Einheiten zu senken. Bevor der Bezirksammann zur Abstimmung schreitet, fragt er nochmals nach Wortmeldungen.

Abstimmung Antrag Severin Isenschmid (1. Durchgang)

Die Versammlung stimmt über den Antrag von Severin Isenschmid ab, die Steuern statt wie vorgeschlagen um 10 um 20 Einheiten zu senken. Dieser wird dem Antrag des Bezirkesrates gegenübergestellt (Reduktion Steuerfuss um 10 Einheiten). Offenbar gibt es aber Probleme bei der Stimmenauszählung oder beim Addieren der von den Stimmezählern ermittelten Resultaten.

Bezirksammann Oliver Ebert ergreift nach längerem Unterbruch das Wort und erklärt, dass es sich um eine wichtige Abstimmung handelt und offenbar das Resultat nicht mit den ermittelten Zahlen der vorderen Abstimmungen übereinstimme. Ebert entschuldigt sich und will kein Risiko eingehen. Daher lässt er die Abstimmung wiederholen.

Abstimmung Antrag Severin Isenschmid (2. Durchgang)

Die Versammlung stimmt erneut über den Antrag von Severin Isenschmid ab, die Steuern statt wie vorgeschlagen um 10 um 20 Einheiten zu senken. Dieser wird dem Antrag des Bezirkesrates gegenübergestellt (Reduktion Steuerfuss um 10 Einheiten). Wiederum nimmt die Auszählung einige Zeit in Anspruch und es scheint beim Addieren der gezählten Stimmen Diskussionen zu geben. Daher lässt Bezirksammann Oliver Ebert den zweiten Durchgang ein zweites Mal auszählen. Die Resultate korrelieren nicht mit den Resultaten der vorderen Abstimmungen. Bezirksammann Oliver Ebert stellt fest, dass einige Personen doppelt abgestimmt hätten, andere schon nach Hause gegangen seien. Weiter stellt er fest, dass nun 253 Personen im Saal sitzen sollen, davor aber von 201 Anwesenden die Rede gewesen sei. Er erwähnt, dass aber bei allen Auszählungen doch eine klare Mehrheit für den Antrag des Bezirkesrats gestimmt hätten, die Steuern um 10 Einheiten zu senken. Bezirksammann Oliver verkündet folgendes Resultat der letzten Auszählung: 104 Stimmen für den Antrag von Severin Isenschmid, 126 Stimmen für den Antrag des Bezirkesrat sowie 8 Enthaltungen.

Landschreiber Marc Sinoli wiederholt das Resultat. So hätten 104 Personen für eine Reduktion des Steuerfusses um 20 Einheiten gestimmt, 126 Personen um Reduktion um 10 Einheiten. Zudem habe es acht Enthaltungen gegeben. Folglich seien 238 Stimmen abgegeben worden. Die gewählten Stimmezähler seien Vertreter aller Parteien und hätten zweimal durchgezählt. Es gäbe keine Anhaltspunkte, dass am Resultat etwas falsch sei, auch wenn man davor von einer tieferen Anzahl der Anwesenden ausgegangen sei.

Bezirksammann Oliver Ebert fragt, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt.

Martin Raña, Küssnacht, wird vorstellig, da er der Ansicht sei, dass es nun noch eine weitere Abstimmung benötige, nämlich darüber, ob der Steuersatz wie bis anhin belassen werde oder ob er um 10 Einheiten gesenkt werde. Offenbar hätte er wohl sein Votum klarer formulieren müssen, dass er einen solchen Antrag stellen möchte. Aber er habe gedacht, dass über die Steuersenkung sowieso abgestimmt werde.

Bezirksammann Oliver Ebert präzisiert nochmals, dass es einen Antrag aus der Versammlung gab, die Steuern um 20 Einheiten zu senken. Der Bezirksrat habe zudem beantragt, die Steuern um 10 Einheiten zu senken. Aber es habe keinen Antrag gegeben, sondern nur Wortmeldungen, die gefordert hätten, die Steuern zu belassen. Ebert betont, dass er Urs Dober nochmals gefragt habe, ob sein Votum ein Antrag sei. Der Bezirksammann will daher nicht noch einmal darauf zurückkommen. Es tue ihm leid. Aber er könne versichern, dass bei allen Auszählungen eine klare Mehrheit für eine Steuerreduktion um 10 Einheiten votiert habe.

Bezirksammann Oliver Ebert stellt fest, dass das Wort nicht mehr verlangt wird.

Landschreiber Marc Sinoli verliest den Antrag an die Bezirksgemeinde:

Der Bezirksgemeinde wird beantragt:

1. die Nachtragskredite von Fr. 3'440'000.-- zu Lasten der Erfolgsrechnung 2023 und Fr. 149'500.-- zu Lasten der Investitionsrechnung 2023 zu genehmigen;
2. den Voranschlag 2024 umfassend die Erfolgsrechnung mit einem Aufwandüberschuss von neu Fr. 4'590'800.-- (inkl. die neu eingestellten Fr. 50'000.-- für das Parkhaus Dorfhalde) und die Investitionsrechnung mit Nettoinvestitionen von Fr. 9'878'600.-- zu genehmigen;
3. das Budget 2024 des Pflegezentrums Seematt mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 131'255 zu genehmigen;
4. den Steuerfuss für das Jahr 2024 auf 155 Prozent einer Einheit festzulegen und zu genehmigen.

Bezirksammann Oliver Ebert nimmt die Abstimmung vor.

Abstimmung

Die Versammlung genehmigt grossmehrheitlich deutlich durch Handerheben den Voranschlag 2024 des Bezirks Küssnacht.

Bezirksammann Oliver Ebert entschuldigt sich für die Probleme bei der Stimmenauszählung. Es ist ihm sehr peinlich. Es sei ihm nun in seiner Amtszeit schon zum zweiten Mal passiert, dass es Probleme beim Auszählen gab. Daher verspricht er Massnahmen zur Verbesserung beim Auszählen.

Beschlusnummer 2023/12

PRÄ: Bezirksgemeinde vom 11.12.2023, Budget 2024

Verschiedenes

Geschäfts Nr. 2022-5263

Aktenzeichen /

Bezirksammann Oliver Ebert fragt nach Wortmeldungen zum Traktandum Verschiedenes.

Markus Exer, Immensee begrüsst alle Anwesenden. "Mein Anliegen und meine Sorge ist auch ihr Anliegen und ihre Sorge: Die hohen Strom- und Energiekosten", beginnt Exer. Er möchte dazu einige Ausführungen machen. Der vom Bezirk Küsnacht konzessionierte Stromanbieter sei das EWS. Dazu habe der Bezirk mit dem EWS einen entsprechenden Vertrag aus dem Jahr 2006, der frühestens 2026 auslaufen werde. Dazu habe der Bezirk eine Kündigungsfrist von zwei Jahren. Die EWS AG habe vor nicht allzu langer Zeit die Strom- respektive die Energiepreise für die Abnehmer verdoppelt – einfach so. "Würden Sie das als Unternehmer auch machen, wenn Sie eine Strategie haben?", fragt Exer die Anwesenden. "Dann wären Sie als Unternehmer schon lange nicht mehr im Markt." Exer mag zu behaupten, dass es bereits damals keinen zwingenden Grund gegeben habe, um zu diesem Schritt [mit der Verdoppelung der Preise] zu kommen. Angstmacherei, Kriegswirren und derartige Begründungen habe man gehört. Jetzt – Ende 2023 – höre man davon nichts mehr und dies, obwohl man nun noch einen weiteren Krieg habe. Als Wirtschaftsfachmann könne er sagen, so Exer, dass es eine Regel gäbe auf dieser Welt, wenn man wettbewerbsfähig sein wolle. Man sei wettbewerbsfähig, wenn man günstige Energie habe. Doch diese habe man im Moment nicht – andere Länder hingegen schon. Den meisten hier im Saal sei es wie ihm ergangen, so Exer. Alle hätten im vergangenen gespart und seien den Weisungen des Bundesrats gefolgt. So habe er selbst, führt Exer aus, persönlich 10 Prozent weniger Kilowattstunden Strom benötigt und am Schluss dennoch das Doppelte bezahlt. Diesen Herbst habe das EWS nun Preissenkungen von rund 30 Prozent angekündigt. Aber was sei daraus geworden? Jetzt habe man noch zusätzliche Netzgebühren von der Swissgrid erhalten. Man habe noch zusätzlich auf Bern zahlen müssen und es seien noch andere Gebühren darauf gekommen. Am Schluss betrug die Reduktion durch all diese zusätzlichen Kosten nur noch 15 Prozentli. Die EWS argumentiere, dass sie keine eigenen Kraftwerke habe und daher den Strom am Markt beziehen müsse. Dies stimme aber nur teilweise. Das sei zudem kein Argument, sondern einfach eine falsche Strategie. Die EWS AG gehöre der CWK, die CKW wiederum der Axpo. Und die Axpo habe riesige Kraftwerke, darunter auch die Atomkraftwerke Beznau 1 und 2. Zudem sei sie an den Atomkraftwerken Gösgen und Leibstadt beteiligt. Und jetzt käme der Clou: Die Axpo habe nun ein Halbjahresresultat von 4 Milliarden Franken ausgewiesen in diesem Jahr. "Wissen Sie, wer dies bezahlt hat? – Wir Stromzahler", sagt Exer. Überdies hätte der Bund im vergangenen Jahr der Axpo noch Liquiditätshilfe leisten sollen, da diese beinahe in ein Problem gelaufen wäre. Exer führt weiter aus, dass er geglaubt habe, dass der Strommarkt liberalisiert sei. Nun habe er jedoch auch gehört, dass sogar der Kanton mitdefiniere, welches Kraftwerk wieviel Strom in welche Gemeinde liefere. Nun käme er überhaupt nicht mehr nach. Exer erwähnt, dass er mit dem Bezirk diesbezüglich einen guten Austausch hatte. Er bedankt sich dafür. Markus Exer erwarte nun vom Bezirksrat, dass er in Abstimmung und in Koordination mit anderen Gemeinden sich diesem Stromdiktat widersetze. Das könne es doch nicht sein, dass man die Preise einfach so verdopple. Markus Exer stellt eine "Milchbüechli-Rechnung" auf: Wenn jeder Haushalt hier im Bezirk wieder 1500 Franken weniger für den Strom bezahlen müsste, so hätte man hier im Bezirk eine Wertschöpfung von etwa rund 10 Millionen Franken mehr, die den hiesigen Geschäften und Firmen zugutekämen. Durch tiefere Energiepreise würden zudem auch Firmen entlastet, die nun ebenfalls viel mehr für Strom bezahlen müssten. Der Bezirk Küsnacht

habe vor achtzehn Jahren vom Stromanbieter CKW zur EWS gewechselt. Damals habe die Bevölkerung auf Antrag des Bezirksrates über den Wechsel abstimmen können. Der Bezirksrat habe damals den Wechsel wie folgt begründet: "Der Wechsel von der CKW zur EWS hat für den Bezirk keine negativen finanziellen Auswirkungen – im Gegenteil". Exer ist überzeugt, dass dies heute so nicht mehr stimme und der Wechsel sehr wohl finanzielle negative Auswirkungen gehabt habe. Wie bereits gesagt, sei die Wertschöpfung heute nicht mehr in Küssnacht. Zudem habe man heute in Küssnacht wohl mehr Sozialfälle, weil einige Minderbemittelte die Stromrechnungen nicht mehr bezahlen könnten und die Mietkosten ebenfalls belasten würden. Daher müsse man die EWS nun wirklich in die Pflicht nehmen. Der heutige Bezirksrat habe die aktuelle Situation nicht zu verantworten, das möchte Exer ganz klar betonen. Nichtsdestotrotz solle er nun aktiv werden. Exer findet die ganze Geschichte sehr speziell und er wehre sich dagegen. Wie man ihm anhöre, komme er aus einem Kanton, in dem Willhelm Tell geboren worden sei. Er stehe für Freiheit ein und liberale Gedanken. Aber diesen Machenschaften sollte man sich nicht einfach machtlos ausliefern. Markus Exer führt weiter aus, dass er ein Gespräch mit Landschreiber Marc Sinoli gehabt habe, für das er sich sehr bedanke. Der Landschreiber habe ihm glaubhaft aufgezeigt, dass der Bezirksrat bereits aktiv geworden sei. Jedoch sei der Handlungsspielraum offensichtlich sehr eingeschränkt. Exer bittet abschliessend den Landschreiber Marc Sinoli, die aktuelle Situation zu erläutern.

Landschreiber Marc Sinoli verdankt das Votum von Markus Exer. Sinoli erwähnt, dass Markus Exer und er bereits heute Vormittag miteinander telefoniert hätten. Zudem habe Exer bereits vergangene Woche dem Bezirk den nun folgenden Antrag zugestellt. Massnahmen gegen die hohen Energiepreise seien ein effektives Anliegen. Das sei dem Bezirksrat schon länger bekannt. Zudem habe man auch aus der Bevölkerung verschiedenste Rückmeldungen erhalten. Man sei auch nicht untätig geblieben seit der ersten grossen Preiserhöhung. Der Bezirk sei mit einer Delegation beim Kanton vorstellig geworden und man sei selbstverständlich auch mit der EWS AG in regem Austausch. Wie Markus Exer bereits erwähnt habe, laufe der vom Stimmvolk damals angenommene und fix auf zwanzig Jahre angelegte Konzessionsvertrag im Jahr 2026 aus. Das heisse also, dass man demnächst Neuverhandlungen aufnehmen würde, die sowohl vom Bezirk als auch vom EWS gewünscht würden. Leider sei der gesetzliche Handlungsspielraum aber nicht so offen oder so frei, wie sich dies viele vorstellen würden. So gäbe es als Rechtsgrundlage das eidgenössische Stromversorgungsgesetz und auf kantonaler Ebene ein dazugehöriges Einführungsgesetz. Darin sei geregelt, dass die Netzzuteilung vom Kanton unter Anhörung aller Parteien vorgenommen werde. Also lange Rede, kurzer Sinn: Der Bezirk werde nicht untätig bleiben und müsse sicher aktiv werden. Der Bezirk werde sich für die Interessen der Bürgerinnen und Bürgern einsetzen müssen. Auf der anderen Seite gäbe es jedoch auch Einschränkungen und Limitierungen. Marc Sinoli erwähnt, dass er hier nicht die Hoffnung schmälern wolle, dass man wieder zu den vorherigen Energiepreisen wie vor zwei oder drei Jahren zurückkehren könne. Er könne jedoch versichern, dass es beim Bezirk auf der Pendenzenliste stehe. Man werde das Thema frühzeitig angehen und versuchen, für die Bevölkerung eine gute Lösung zu finden.

Markus Exer dankt Marc Sinoli für seine Ausführungen. Er erwähnt, dass er eigentlich einen Antrag hätte formulieren wollen, diesen würde er nun anbei aber als Auftrag an den Bezirksrat formulieren. Er habe Signale erhalten, dass der Bezirksrat den Auftrag gerne entgegennimmt. Der Auftrag laute wie folgt:

1. Der Bezirksrat leitet alle strategisch sinnvollen Massnahmen ein, um die Energiekosten für Private und Unternehmen im Bezirk Küssnacht am Rigi zu senken.
2. Der Bezirksrat bereitet bis zur Budgetversammlung 2025 – also bis in zwei Jahren – ein Konzept vor, um in der Energieversorgung unabhängiger und wettbewerbsfähiger zu werden.

Markus Exer hofft, dass dieser Auftrag im Sinne aller Energie- und Steuerzahler von Küssnacht, Immensee und Merlischachen sei. Er fragt den Bezirksammann, ob er diesen Auftrag so entgegennehme.

Bezirksammann Oliver Ebert antwortet "selbstverständlich".

Markus Exer bedankt sich und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass er bald im positiven Sinne vom Bezirksrat etwas hören werde. Er dankt für die Aufmerksamkeit.

Grosser Applaus

Bezirksammann Oliver Ebert dankt Markus Exer und ergänzt, dass der Bezirk damals nach der Strompreiserhöhung sofort mit einer Delegation beim Kanton vorstellig geworden sei. Der Bezirk habe dabei seine Möglichkeiten ausgelotet. Wie es Landschreiber Marc Sinoli vorhin erwähnt habe, gäbe es da aber relativ enge Rahmenbedingungen. Der Bezirksrat werde das strategische Thema aber aufnehmen, denn – wie es Markus Exer vorhin erwähnt habe – laufe 2026 der jetzige Konzessionsvertrag aus. Wenn er richtig informiert sei, müsste der Bezirk diesen 2024 kündigen, wenn man eine andere Konzession haben wolle. Dies habe der Bezirk selbstverständlich auf der Pendenzenliste. Der Bezirksammann fragt nach weiteren Wortmeldungen.

Peter Hess, Chrüzmatliring, Küssnacht, richtet als Präsident des Fussballclubs Küssnacht das Wort an die Versammlung. Er will sich im Namen des FC Küssnacht sowie im Namen aller Nutzer der Sportanlage Luterbach bei den Stimmbürgern bedanken, dass sie dem Ausbau der Sportanlage zugestimmt haben und man dieses Topprojekt realisieren konnte. Er bedankt sich auch bei allen, die mitgeholfen hätten. Man sei sehr zufrieden mit der Umsetzung und man wolle sich wirklich bedanken.

Applaus

Bezirksammann Oliver Ebert verdankt das Votum und da keine weiteren Wortmeldungen mehr gewünscht sind, schliesst er die Diskussion. Er weist zum Schluss auf zwei Termine hin. So findet am 7. Januar 2024 in Merlischachen der Neujahrsapéro statt und am 15. April 2024 die nächste Bezirksgemeinde. Diese fände mit einer neuen Version der Stimmenauszählung statt, sagt Ebert. (*Gelächter im Saal*). "Geschätzte Damen und Herren", fährt der Bezirksammann fort, "das regt mich wirklich auf."

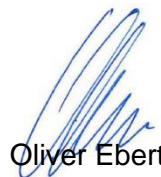
Bezirksammann Oliver Ebert erklärt die Bezirksgemeinde als geschlossen, dankt für die angelegte Diskussion und leitet zum Apéro im Foyer über.

Schluss der Sitzung um 22:45 Uhr

NAMENS DER BEZIRKSGEMEINDE KÜSSNACHT

Bezirksammann

Landschreiber



Oliver Ebert



Marc Sinoli

Bezirksgemeinde

11. Dezember 2023



Traktanden

1. Begrüssung und Eröffnung durch den Bezirksammann
2. Wahl der Stimmenzählenden
3. Baurecht für Tennisanlagen Seematt und Luterbach
4. Genehmigung Voranschlag 2024
5. Verschiedenes

Baurecht Tennisanlagen



Gewährung eines Baurechts von 6523 m² Fläche ab Grundstück Nr. 3116 (Luterbach) und 1371 m² Fläche ab Grundstück Nr. 803 (Seematt) für die Tennisanlagen des Tennisclub Küssnacht (TCK).

Baurecht Tennisanlagen



Tennisanlage Luterbach

6 Sandplätze

Clublokal

6523 m² Fläche



Tennisanlage Seematt

2 Allwetterplätze

1371 m² Fläche

Voranschlag 2024



Voranschlag 2024

Erfolgsrechnung

Gesamtübersicht <i>in Mio. CHF</i>	*Budget 2023	Budget 2024	Abw. Budget absolut
Total Aufwand	81.425	88.558	- 7.133
Total Ertrag	81.679	84.018	+ 2.339
Gesamtergebnis	+ 0.254	- 4.541	- 4.287

* inkl. Nachtragskredite

Voranschlag 2024

Personalaufwand

Hauptaufgabenbereiche Funktionale Gliederung <i>in Mio. CHF</i>	*Budget 2023	Budget 2024	Abw. Budget absolut
ALLGEMEINE VERWALTUNG	5.377	5.719	0.342
ORDNUNG UND SICHERHEIT	1.837	1.905	0.068
BILDUNG	20.792	21.921	1.129
KULTUR, SPORT, FREIZEIT	0.062	0.055	-0.007
GESUNDHEIT	8.751	9.926	1.175
SOZIALE SICHERHEIT	1.719	1.753	0.034
VERKEHR	1.232	1.177	-0.055
UMWELTSCHUTZ, RAUMORDNUNG	0.444	0.371	-0.073
VOLKSWIRTSCHAFT			
FINANZEN UND STEUERN			
Gesamtergebnis	40.213	42.826	2.613

* inkl. Nachtragskredite

Voranschlag 2024

Sachaufwand

Hauptaufgabenbereiche Funktionale Gliederung <i>in Mio. CHF</i>	*Budget 2023	Budget 2024	Abw. Budget absolut
ALLGEMEINE VERWALTUNG	2.865	3.381	0.515
ORDNUNG UND SICHERHEIT	0.726	0.823	0.097
BILDUNG	3.979	4.804	0.825
KULTUR, SPORT, FREIZEIT	0.650	0.667	0.017
GESUNDHEIT	1.824	1.967	0.143
SOZIALE SICHERHEIT	0.947	1.656	0.709
VERKEHR	1.093	1.087	-0.005
UMWELTSCHUTZ, RAUMORDNUNG	2.465	2.504	0.039
VOLKSWIRTSCHAFT	0.044	0.015	-0.029
FINANZEN UND STEUERN	0.075	0.255	0.181
Gesamtergebnis	14.667	17.158	2.491

* inkl. Nachtragskredite

Voranschlag 2024

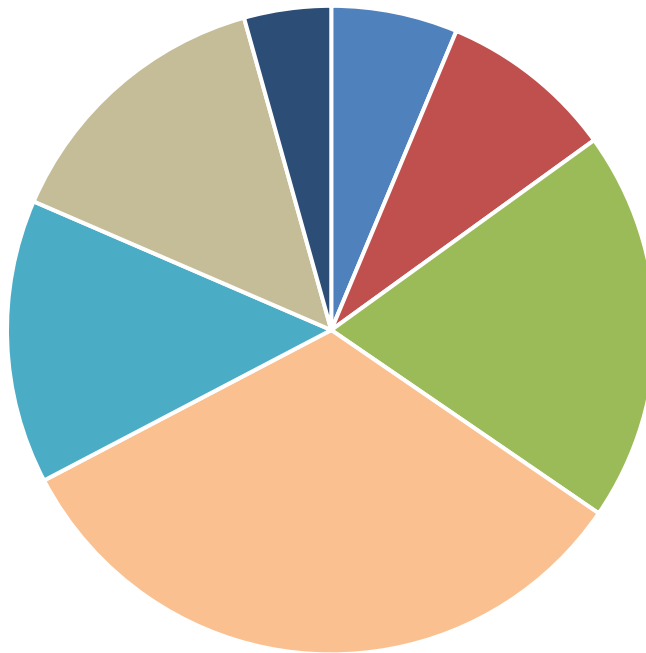
Transferaufwand

Hauptaufgabenbereiche Funktionale Gliederung <i>in Mio. CHF</i>	*Budget 2023	Budget 2024	Abw. Budget absolut
ALLGEMEINE VERWALTUNG	0.031	0.026	- 0.005
ORDNUNG UND SICHERHEIT	1.563	1.562	- 0.002
BILDUNG	1.872	2.163	0.291
KULTUR, SPORT, FREIZEIT	0.820	1.048	0.227
GESUNDHEIT	4.687	4.833	0.146
SOZIALE SICHERHEIT	7.931	8.113	0.182
VERKEHR	3.186	3.509	0.321
UMWELTSCHUTZ, RAUMORDNUNG	1.317	1.390	0.073
VOLKSWIRTSCHAFT	0.320	0.376	0.056
FINANZEN UND STEUERN			
Gesamtergebnis	21.727	23.017	1.290

* inkl. Nachtragskredite

Voranschlag 2024

Transferaufwand



- Öffentliche Ordnung und Sicherheit ■ Bildung
- Gesundheit ■ Soziale Sicherheit
- Verkehr ■ Umweltschutz und Raumordnung
- diverse

Soziale Sicherheit

- Wirtschaftliche Sozialhilfe

Gesundheit

- Pflegefinanzierungen
- Ambulante Krankenpflege

Bildung

- Sonderschule
- Gymnasium Immensee

Verkehr

- Transportunternehmung
- Tarifverbund
- Abschreibungen Beiträge Kanton (SUK)

Voranschlag 2024

Fiskalerträge

Kostenart <i>in Mio. CHF</i>	Budget 2023	Budget 2024	Abw. Budget absolut
Ertrag	54.161	54.486	-0.325
<i>Natürliche Personen</i>	50.400	49.640	-0.760
<i>Juristische Personen</i>	3.695	4.780	1.085

Voranschlag 2024

Fiskalerträge

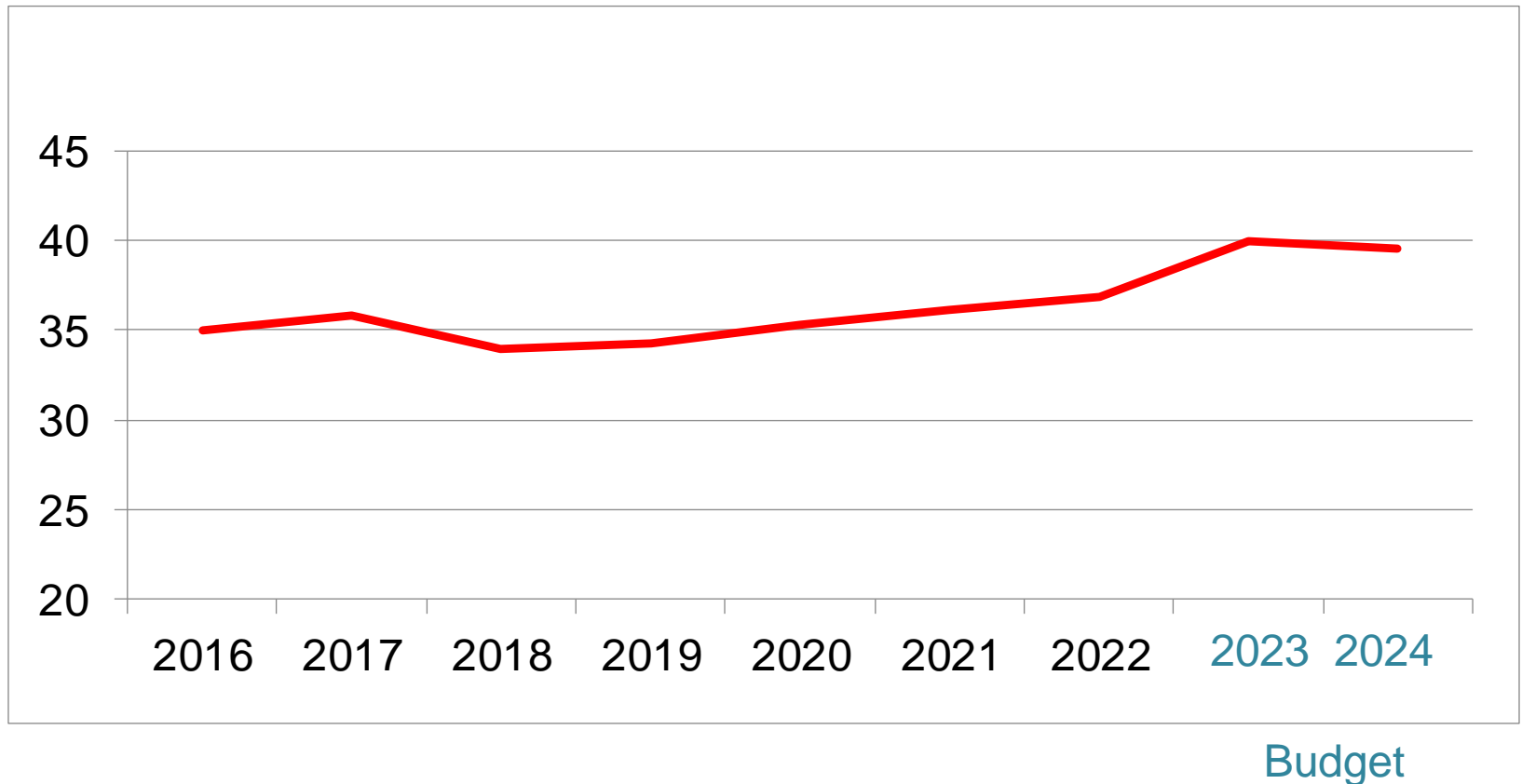


Voranschlag 2024

Entwicklung Steuererträge

Natürliche Personen – laufendes Jahr

in Mio. Fr.

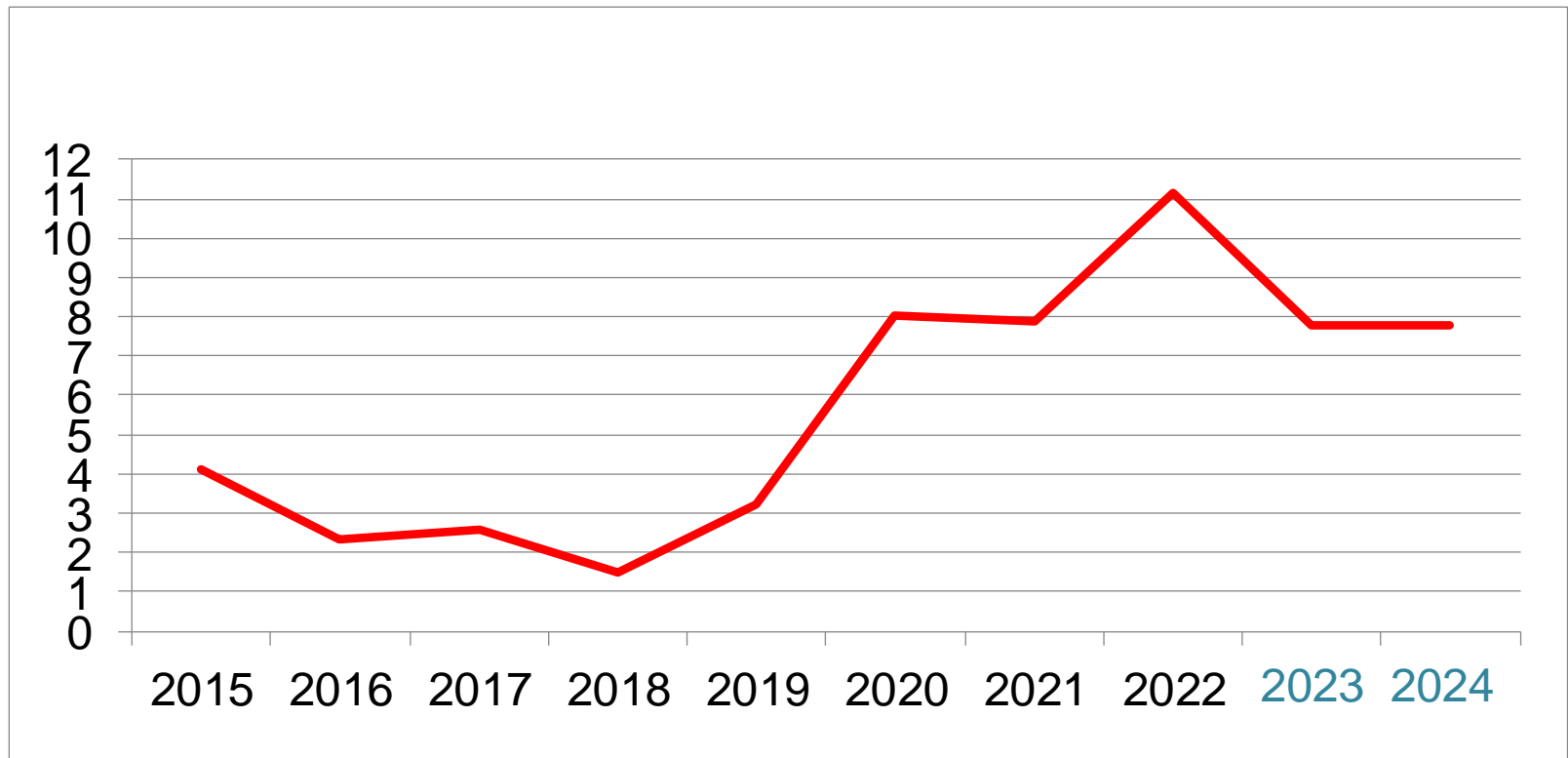


Voranschlag 2024

Entwicklung Steuererträge

Natürliche Personen - Vorjahre

in Mio. Fr.



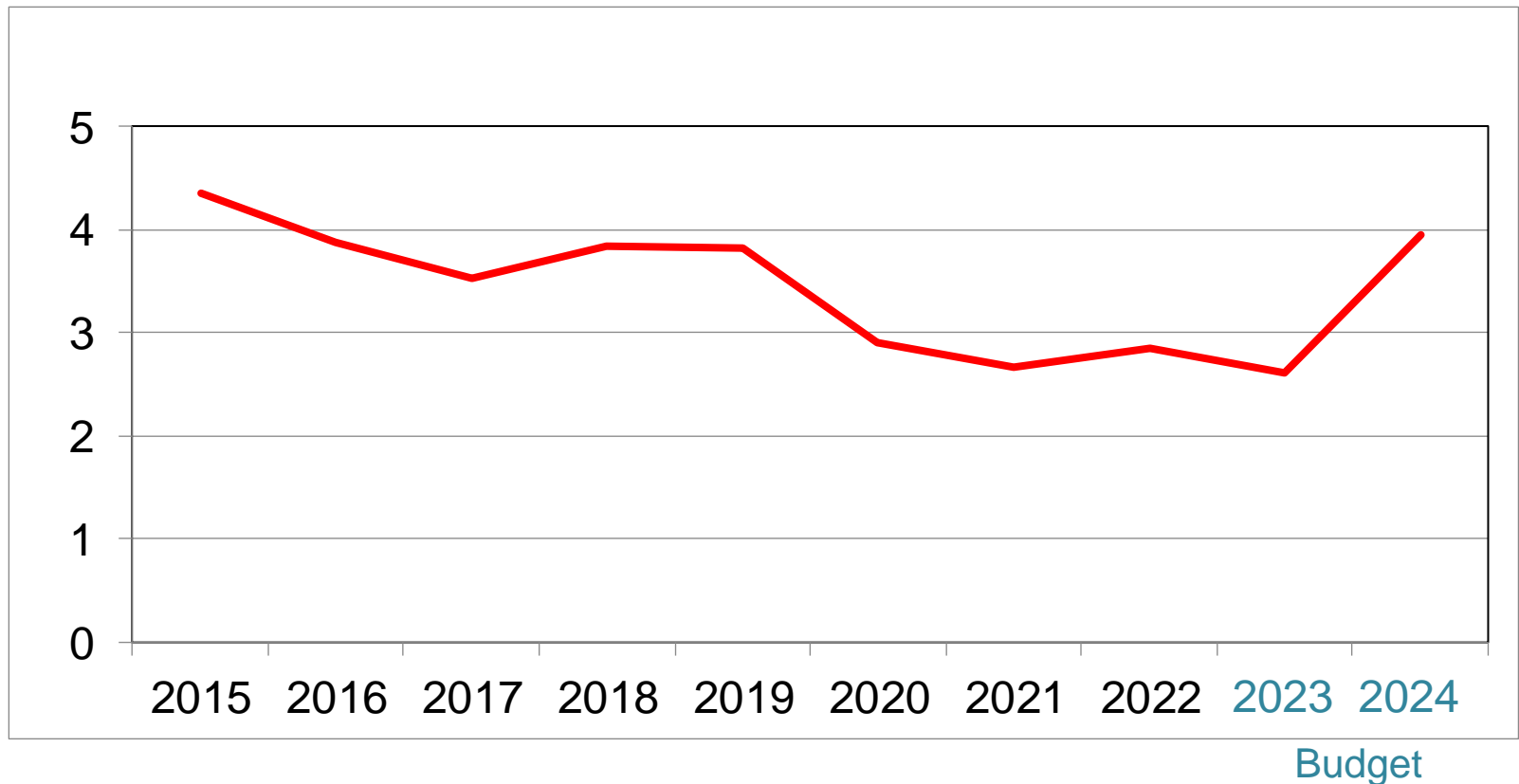
Budget

Voranschlag 2024

Entwicklung Steuererträge

Juristische Personen – laufendes Jahr

in Mio. Fr.

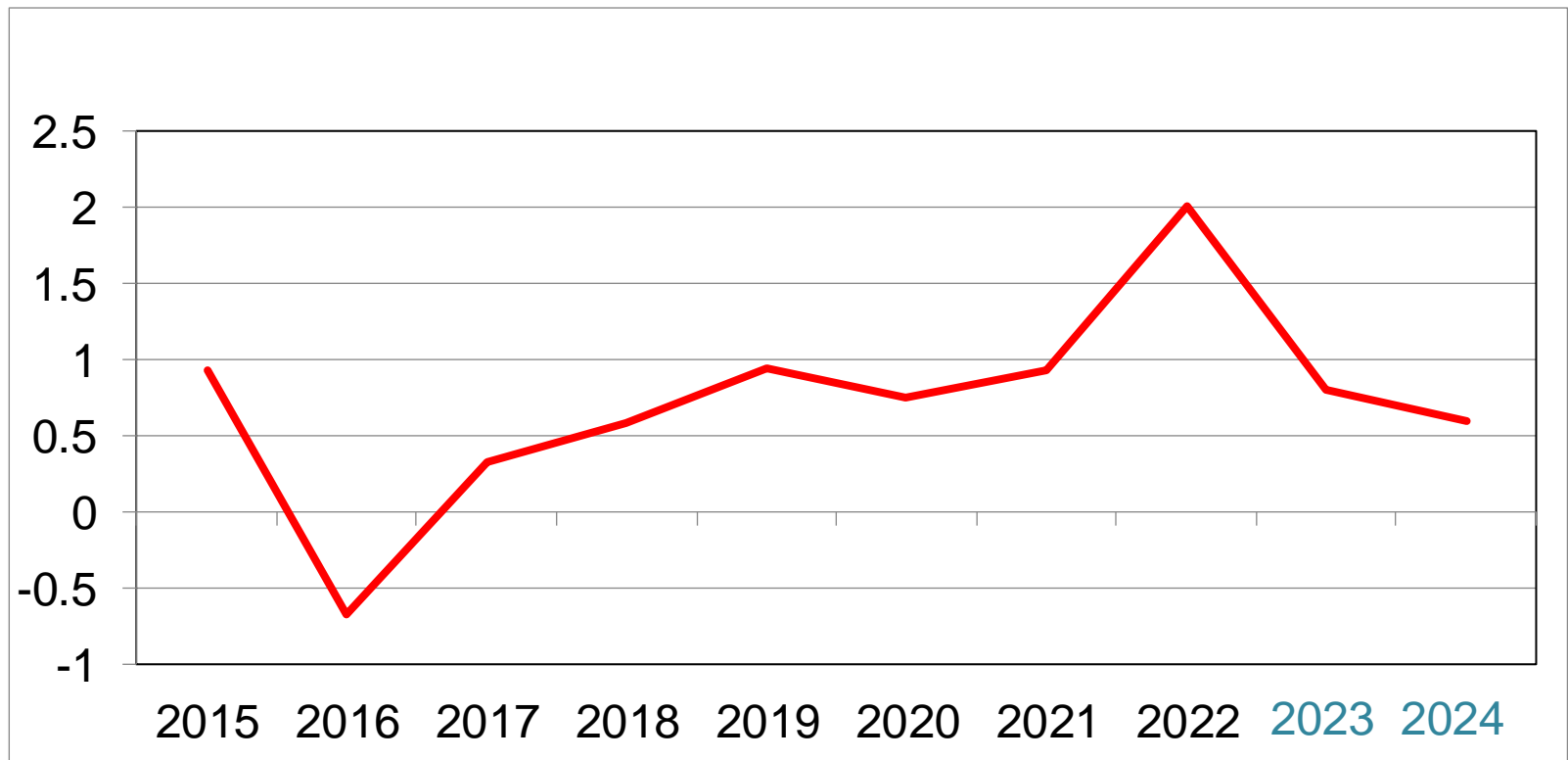


Voranschlag 2024

Entwicklung Steuererträge

Juristische Personen - Vorjahre

in Mio. Fr.



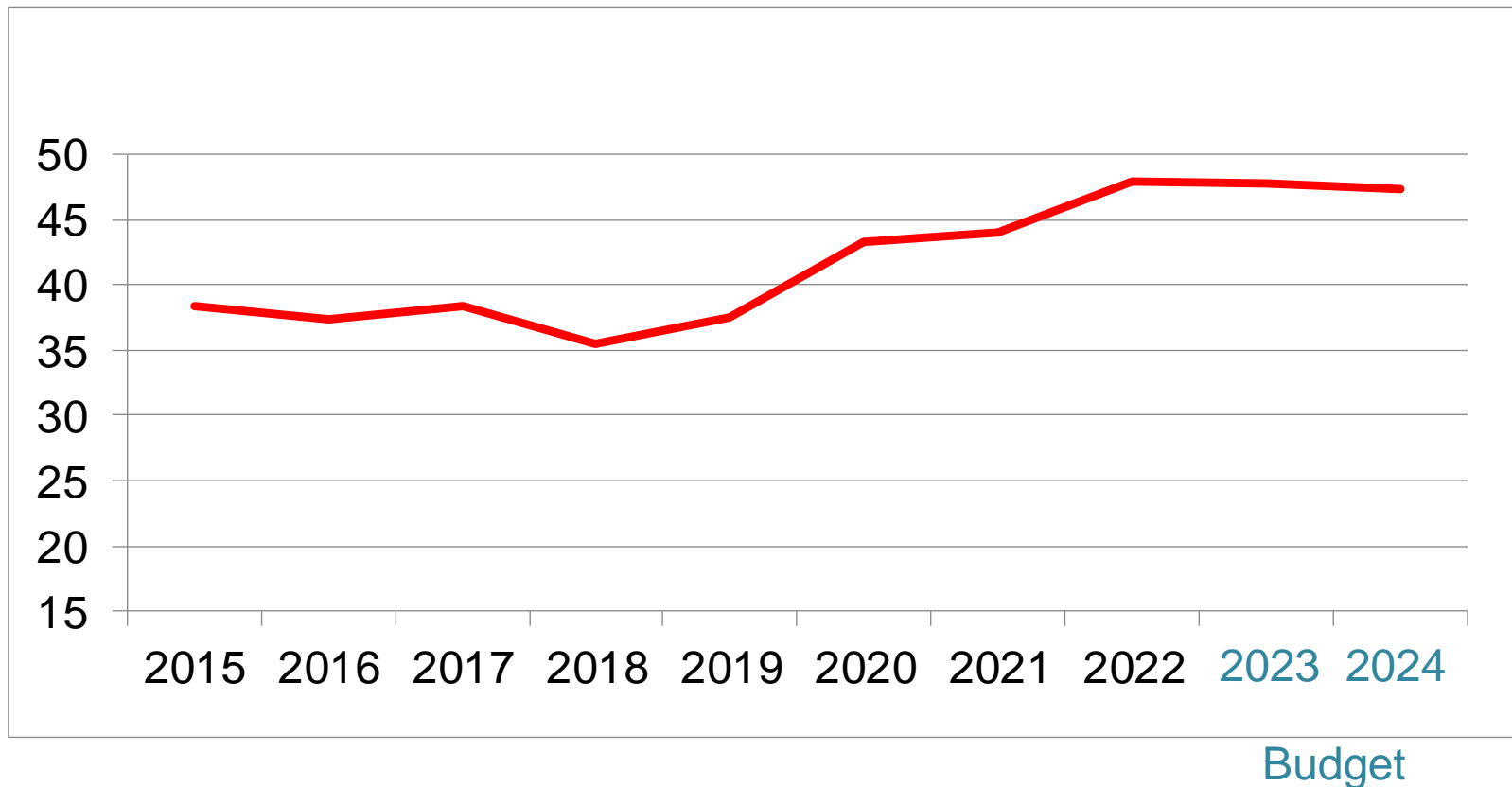
Budget

Voranschlag 2024

Entwicklung Steuererträge

Natürliche Personen – laufendes Jahr und Vorjahre

in Mio. Fr.

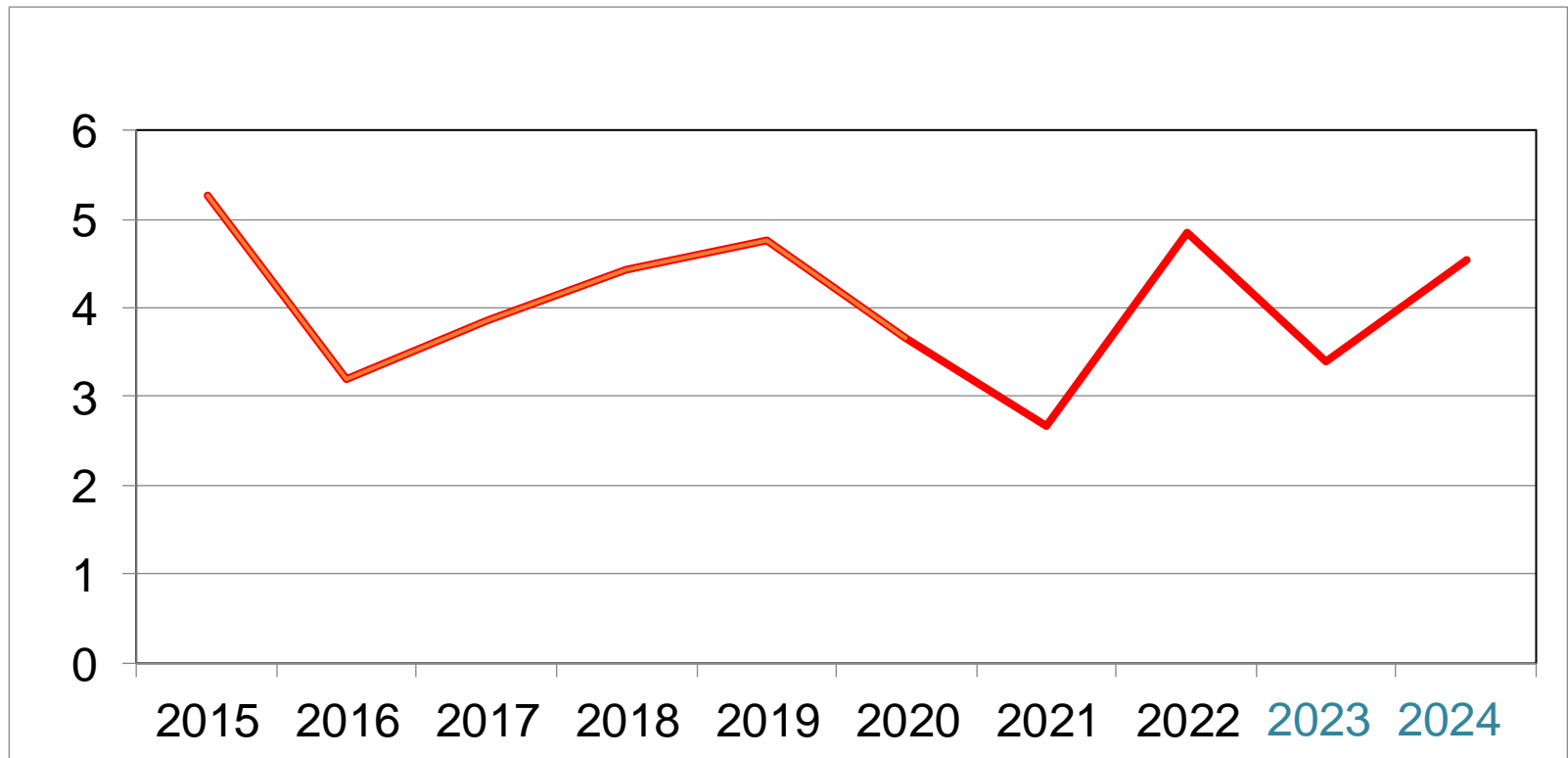


Voranschlag 2024

Entwicklung Steuererträge

Juristische Personen – laufendes Jahr und Vorjahre

in Mio. Fr.



Budget

Voranschlag 2024

Investitionsrechnung

Kostenart <i>in Mio. CHF</i>	*Budget 2023	Budget 2024
Investitionsausgaben	24.225	12.733
Investitionseinnahmen	-6.341	-2.854
Nettoinvestitionen	17.883	9.879

* inkl. Nachtragskredite

Voranschlag 2024

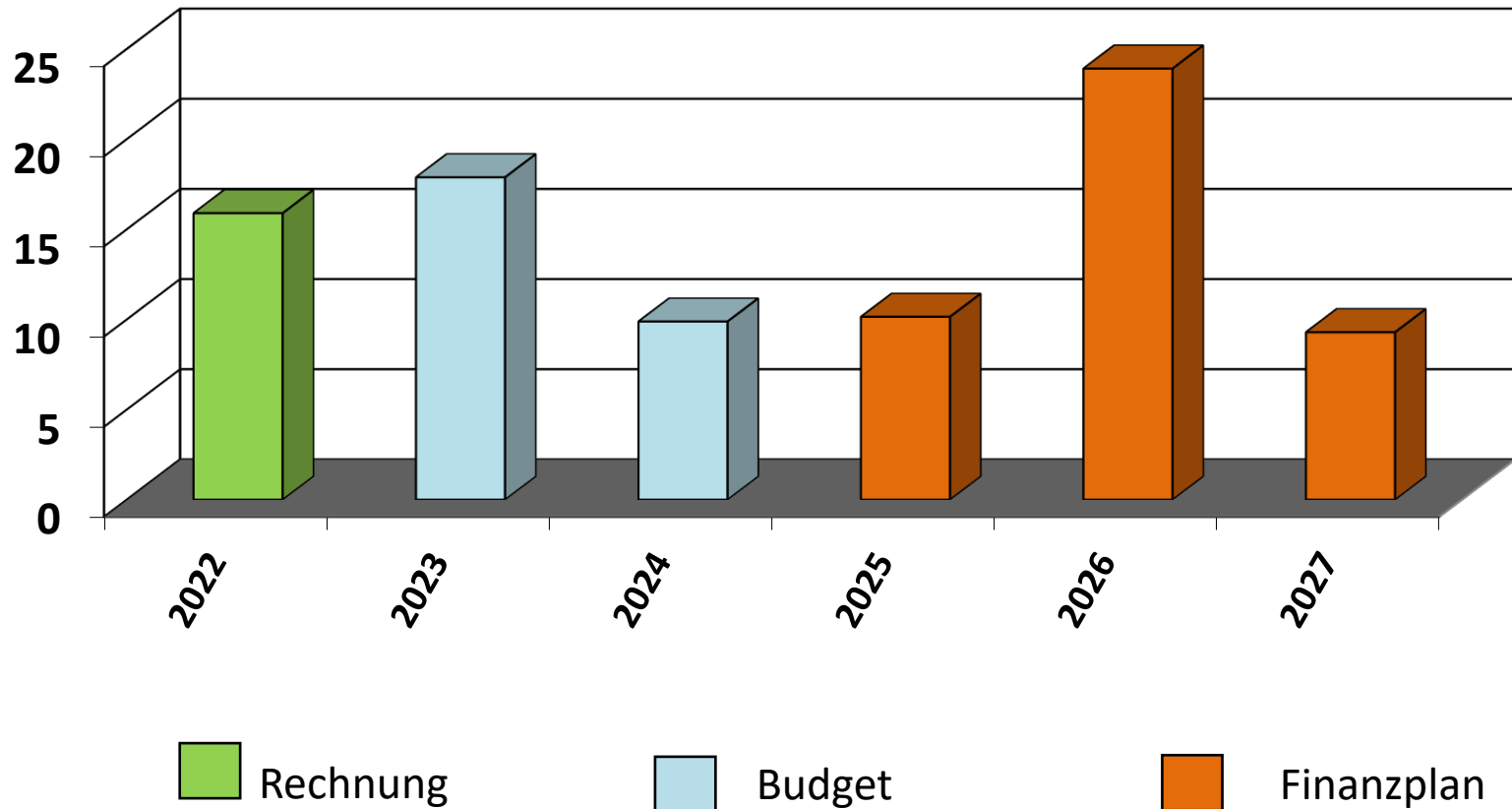
Investitionsrechnung- Grösste Investitionen

	<i>in CHF</i>
• Rettungsdienstfahrzeug	400'000
• Asylunterkunft Ersatzbau, Projektkosten	400'000
• Neue Zentrumsgestaltung (Pluralinitiative)	400'000
• Ellbögliweg, Strassensanierungsmassnahmen	480'000
• Sanierung Giessenbach	550'000
• Renaturierung Dorf- und Giessenbach (Lindenhofwiese)	1'507'000
• Chüelochtobel, Entwässerung	800'000

Voranschlag 2024

Nettoinvestitionen

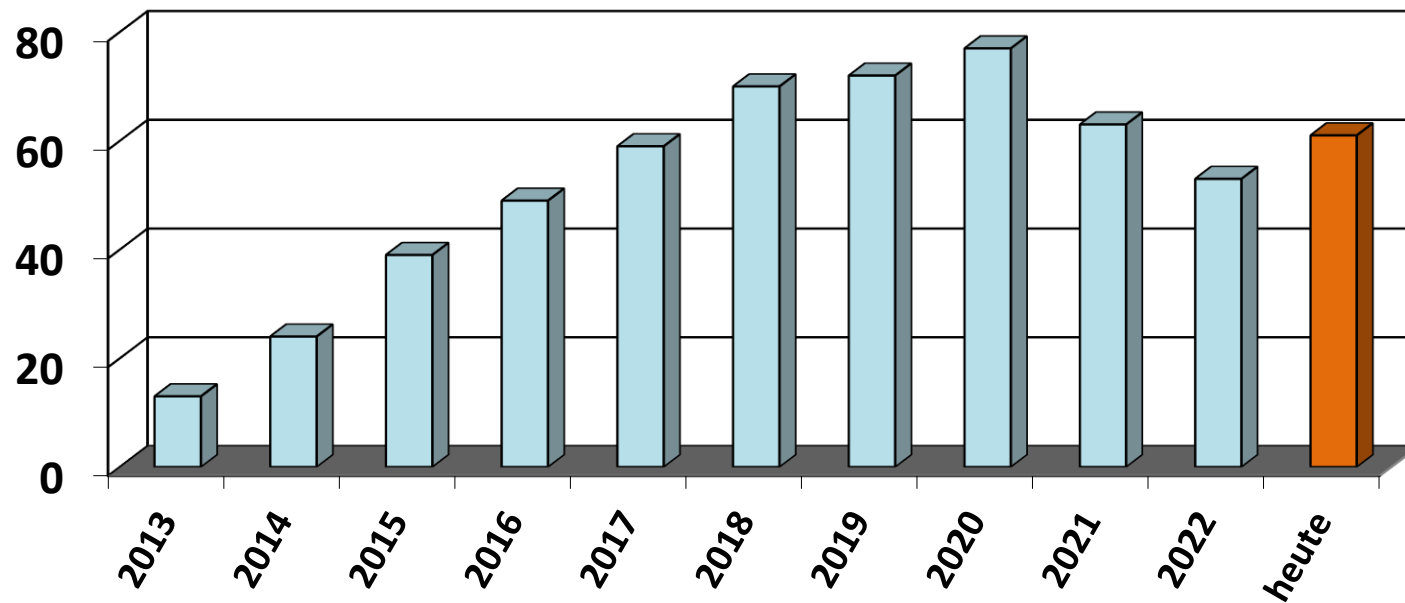
Mio. CHF



Voranschlag 2024

Fremdkapital

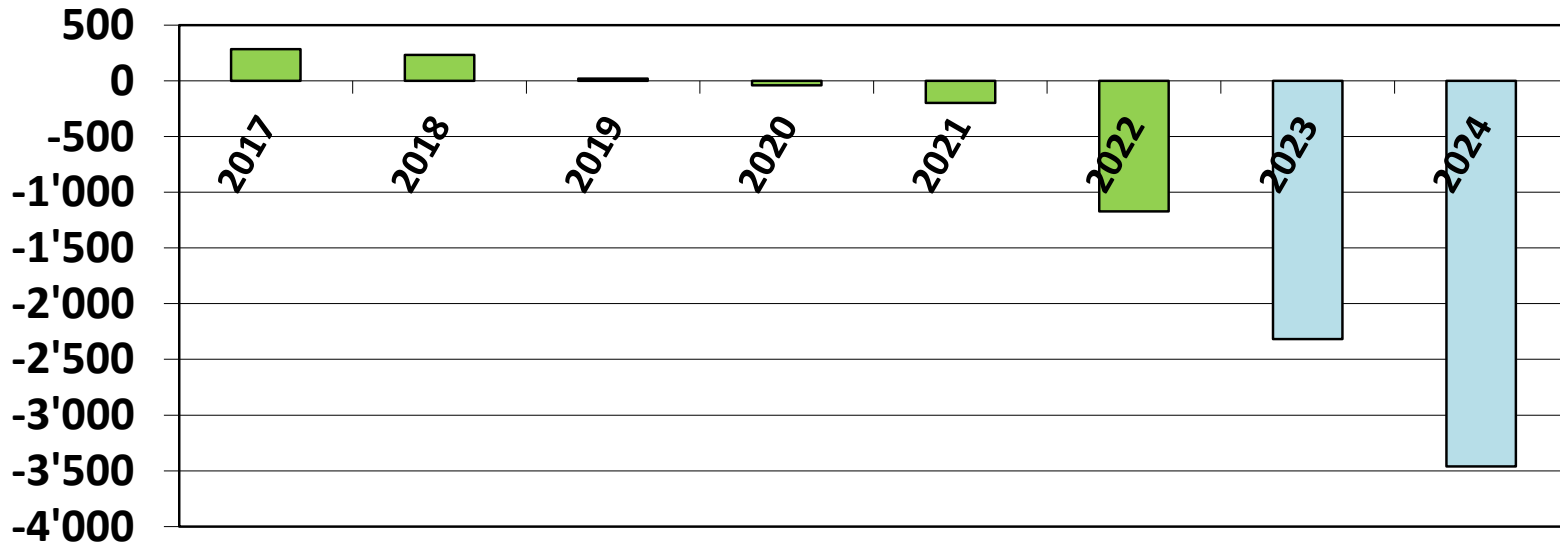
Mio. CHF



Voranschlag 2024

Spezialfinanzierung Schadenwehr / Feuerwehr

1'000 CHF

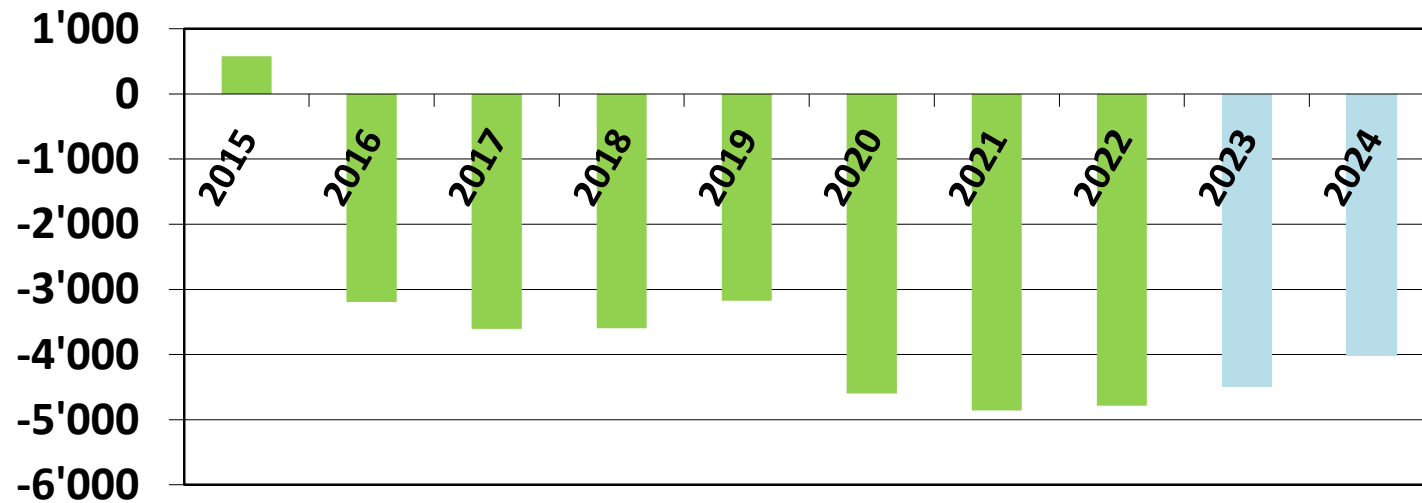


Negative Volksabstimmung vom Frühling 2022

Voranschlag 2024

Spezialfinanzierung Sunnehof

1'000 CHF



Verschiedenes

Voranzeige

**Neujahrsapéro
7. Januar 2024**

**Bezirksgemeinde
15. April 2024**



Verschiedenes

